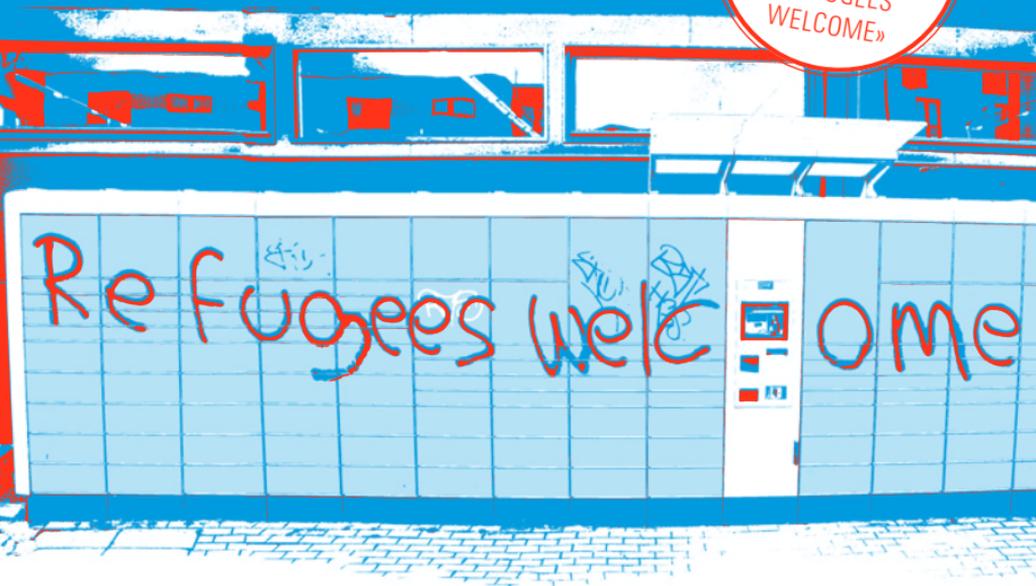


ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

3.,
VOLLSTÄNDIG
ÜBERARBEITETE
AUFLAGE
«REFUGEES
WELCOME»



GEGEN-
HALTEN **FLÜCHTLINGE**
WILLKOMMEN IMMER
NOCH!

**Mythen und Fakten
zur Migrations- und
Flüchtlingspolitik**

luxemburg argumente

Zum dritten Mal in drei Jahren erscheint diese Broschüre, diesmal in einer komplett neuen Fassung. Die Flüchtlinge haben 2015 Europas Migrationsabwehr zu Fall gebracht, das Dublin-System ist zusammengebrochen. Gleichzeitig sind im vergangenen Jahr Hetze und Gewalt gegen Geflüchtete förmlich explodiert, und mit atemloser Geschwindigkeit wurde das Asylrecht verschärft. Viele Fragen stellen sich jetzt anders.

Lange gab es in der antirassistischen Bewegung eine Gewissheit: Es wäre für den Staat objektiv kein Problem, «das Richtige» zu tun. Er könnte jedem Flüchtling eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erteilen und die Residenzpflicht außer Kraft setzen. Jeder könnte von heute auf morgen eine angemessene Wohnung an einem selbstgewählten Ort bekommen, einen Platz im Deutschkurs, Unterstützung beim Ankommen durch SozialarbeiterInnen, die nötige Hilfe beim Einstieg in den Arbeitsmarkt. Dass oft genau das Gegenteil geschah, war Mittel zur Migrationsabwehr, es war Ausdruck einer rassistischen Politik. Das gilt in dieser Absolutheit nicht mehr. Die Migrationsdebatte hat sich verändert und sie muss mit objektiv neuen Bedingungen umgehen.

Die Antworten, die jetzt von der Regierung in Deutschland und in Europa gegeben werden, sind menschenfeindlich: Zäune, Internierung, Sonderlager, Türsteherstaaten, Abschiebung kranker Menschen, Abschiebung in Bürgerkriegsgebiete, reduzierte Sozialleistungen, verschärfte Residenzpflicht, neue Arbeitsverbote, Verbote für den Familiennachzug. Wie in den 1990er Jahren wird Anti-Integration und Migrationsabwehr mit den Mitteln des Asylrechts betrieben.

Mit der vorliegenden Broschüre wollen wir dieser Politik etwas entgegensetzen. Denn es reicht nicht mehr, einfach die immer gleichen Forderungen zu wiederholen. Doch wie müsste eine Politik aussehen, die dieser veränderten Situation gerecht wird? Wie lassen sich Gleichstellung und Teilhabe für ankommende Menschen in einer Größenordnung verwirklichen, die es bislang nicht gab? Welcher Entwurf für ein offenes Deutschland und ein offenes Europa lässt sich der rassistischen Offensive von AfD, Pegida und ihren GesinnungsgenossInnen in anderen Ländern konkret und praktisch entgegenhalten?

Denn es gibt keinen Grund, den Mut zu verlieren: Dass es eine Million Menschen nach Deutschland geschafft haben und dass Unzählige ihnen jeden Tag mit Tatkraft und Solidarität zur Seite stehen, sind gute Nachrichten.

INHALT

1	Schutz und Solidarität	2
1.1	Verpflichtung	2
1.2	Deutschlands Rolle	3
2	Deutschland	5
2.1	Die Zahlen	5
2.2	Wohnen	10
2.3	Arbeiten	18
2.4	Finanzierung	23
2.5	Abschreckung	29
2.6	Duldung	33
2.7	«Besorgte BürgerInnen»	35
3	Europa	40
3.1	Zugang	40
3.2	EU-Asylrecht	48
3.3	Verteilung	53
3.4	Türsteherstaaten	55
4	Flucht und Migration	59
4.1	Arbeitsmigration	59
4.2	Braindrain	61
4.3	Fluchtursachen	63
5	So schaffen wir das!	68
6	Glossar	69

1 SCHUTZ UND SOLIDARITÄT

1.1 VERPFLICHTUNG

«Wir müssen den Zustrom begrenzen.»

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), 5. Oktober 2015¹

Das müssen «wir» nicht. Was wir müssen, ist Menschen vor dem Tod bewahren, wenn wir das können.

Der Krieg in Syrien geht 2016 in das fünfte Jahr. Er ist die größte Katastrophe dieser Zeit. Millionen Menschen sind durch Gewalt und Hunger vom Tod bedroht. Jeder Mensch, der diesem Krieg entflieht, hat Anspruch auf Hilfe. Wer sich dafür ausspricht, denen, die jetzt, nach «dem Sommer der Migration», in Deutschland ankommen, die Tür zuzuschlagen, muss sich klarmachen, was das bedeutet.

Maßnahmen zur Grenzschließung innerhalb Europas haben direkte Auswirkungen auf die Nachbarregionen. Die Türkei – so kritisch ihre Rolle im Krieg in Syrien zu sehen ist – hat in der Vergangenheit ihre Grenze lange offen gehalten. Wenn die Europäische Union (EU) die Tore schließt und dauerhaft von der Türkei verlangt, SyrerInnen von der Weiterreise abzuhalten, wird die Türkei ihre Grenzen endgültig dichtmachen. Politisch wäre dieses Vorgehen von EU-Seite aus dann nicht mehr kritisierbar.

Ja: Je mehr Menschen nach Deutschland fliehen, desto mehr Geld kostet ihre Aufnahme, desto schwieriger wird sie und desto mehr Konflikte wird es geben – unter den Flüchtlingen, unter den Parteien und innerhalb der Bevölkerung. Doch nichts davon ist auch nur ansatzweise damit zu vergleichen, was es bedeutet, unter diesen Umständen in Syrien bleiben zu müssen.

Eine Frage der Kosten ist es nicht: Die Bundesregierung kann die Unterbringung der Flüchtlinge in diesem und im nächsten Jahr aus Rücklagen finanzieren.² Anders als in sämtlichen ande-

¹ Wolfgang Schäuble zitiert nach: Berlin direkt, ZDF-Interview, 5.10.2015, unter: www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Interviews/2015/2015-10-05-Berlin-Direkt-Textfassung.html?view=renderPrint. ² Studie: Flüchtlinge kosten 50 Milliarden Euro, n-tv, 1.2.2016, unter: www.n-tv.de/politik/Studie-Fluechtlinge-kosten-50-Milliarden-Euro-article16899771.html.

ren EU-Staaten³ ist noch nicht einmal die sogenannte schwarze Null des Staatshaushaltes in Gefahr.

→ Und von wegen überfordert:

Im Februar 2016 antworteten fast 400 Kommunen in Deutschland auf eine Befragung des WDR. Dabei gaben rund 50 Prozent an, dass sie – trotz Kapazitätsproblemen – mit der aktuellen Anzahl der Flüchtlinge gut klarkommen, rund 16 Prozent könnten nach eigenen Angaben auch noch weitere Flüchtlinge aufnehmen. Nur 6 Prozent der Städte halten sich bereits jetzt für überfordert.⁴

1.2 DEUTSCHLANDS ROLLE

«Merkel hat in der Flüchtlingskrise «moralische Führungsstärke» gezeigt und der Diskussion in Europa mit ihrer «Wir schaffen das»-Politik einen völlig neuen Dreh gegeben.»

Kristian Berg, Leiter des Osloer Friedensforschungsinstituts Prio,
4. Oktober 2015⁵

Es ist gar keine Frage: Es war völlig richtig, dass Deutschland im September 2015 der Einreise von Flüchtlingen auf der Balkanroute zugestimmt hat. Vielleicht war es das Beste, was diese Bundesregierung je getan hat.

Es ist allerdings eine Frage, warum es so gekommen ist. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel hat von einem «humanitären Imperativ»⁶ gesprochen: Deutschland habe plötzlich seine moralische Verpflichtung zu helfen erkannt. Viele Menschen auf der ganzen Welt haben ihr diese Erzählung abgekauft.

³ Eurostat/EU-Kommission: Haushaltsdefizite/-überschuss der EU-Länder, November 2015, unter: www.tagesschau.de/wirtschaft/wirtschaftsdaten104.html. Neben Deutschland ist Estland das einzige EU-Land mit einem Haushaltsüberschuss; die Bereitschaft, Flüchtlinge aufzunehmen, ist dort allerdings sehr gering.

⁴ WDR: Überforderte Kommune? Die große Monitor-Umfrage, Sendung vom 25.2.2016, interaktive Karte unter: <http://kommunen.monitor.de/>. ⁵ Kristian Berg Harpviken zitiert nach: Merkel unter Favoriten für Friedensnobelpreis, Die Welt, 4.10.2015, unter: www.welt.de/newsticker/news1/article147195907/Merkel-unter-Favoriten-fuer-Friedensnobelpreis.html. ⁶ Delhaes, Daniel: Merkels humanitärer Imperativ, Handelsblatt, 14.12.2015, unter: www.handelsblatt.com/politik/deutschland/cdu-parteitag-merkels-humanitaerer-imperativ/12719696.html.

Tatsächlich hat Merkel die Konsequenz aus einem *politischen Notstand* gezogen, den die Absurdität und die Ungerechtigkeit des europäischen Grenzregimes erst herbeigeführt haben. Dass die Lage auf der Balkanroute im Sommer 2015 so eskalierte, ist die direkte Folge der europäischen Asylarchitektur. Und Deutschland war maßgeblich an ihrer Errichtung beteiligt.

Das Prinzip: Jeder Staat muss sich um die Flüchtlinge kümmern, die über sein Gebiet in die EU einreisen. Die Staaten an den Rändern der EU tragen so die größte Last. Seit Langem forderten sie ein Ende dieser Regelung. Die übrigen EU-Länder lehnten das bislang immer ab, denn für sie war das Verfahren sehr bequem. Manche Staaten wie Italien haben die Regel still unterlaufen und Flüchtlingen geholfen weiterzuziehen (→ Kapitel 3). Die nationalistische Regierung von Viktor Orbán in Ungarn hingegen entschied sich zur offenen Konfrontation. Im Juni 2015 kündigte sie an, die europäischen Regeln zur Flüchtlingsverteilung zu ignorieren: Ab sofort werde sie keine Flüchtlinge aus anderen EU-Staaten mehr zurücknehmen. Gleichzeitig begann sie, einen Zaun zu bauen.

4 Doch die Menschen ließen und lassen sich nicht abhalten. Sie haben den Krieg in Syrien und im Irak und das Elend der überfüllten Lager im Nahen Osten nicht verlassen, um dorthin zurückzukehren. Und viele waren nur aufgebrochen, weil die Hilfsorganisationen sie in den Lagern nicht mehr versorgen konnten (→ Kapitel 2.1).

So heizte sich die Lage auf der Balkanroute auf. Eine Destabilisierung, von Ungarn bis zur Ägäis, Aufstände und deren gewaltsame Niederschlagung, womöglich irreparable Schäden für die EU drohten. «Eine Republik oder ein Fürst müssen sich den Anschein geben, als täten sie aus Großmut, wozu sie die Notwendigkeit zwingt»,⁷ schrieb der Staatsphilosoph Niccolò Machiavelli. So wird es jetzt auch gewesen sein. Humanitäre Überlegungen mögen eine Rolle gespielt haben, aber in erster Linie war es der *Druck der Migration*, der zur Öffnung der inner-europäischen Grenzen führte.

2 DEUTSCHLAND

2.1 DIE ZAHLEN

«Es sind zu viele.»

Horst Seehofer (CSU), Ministerpräsident von Bayern, 11. Oktober 2015⁸

Eines steht fest: 2015 war ein Rekordjahr bei der Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland. Doch bei all den Superlativen, die kursieren, gerät einiges durcheinander. Tatsächlich ist es sehr schwierig, genaue Angaben zu machen, und oft bestimmen besonders eindrücklich klingende Zahlen die Debatte. Ein Blick auf den Rest der Welt sorgt für Orientierung.

Wie viele Flüchtlinge sind wirklich gekommen?

Da gibt es zum einen die Zahl der *Ankünfte*, also die Anzahl all jener, die die Behörden als neu ankommende Flüchtlinge registriert haben. Im Jahr 2015 waren das 1.091.894 Menschen.⁹ Davon stammten die allermeisten aus fünf Ländern: Syrien (428.468), Afghanistan (154.046), Irak (121.662), Albanien (69.426) und Kosovo (33.049).

In der allgemeinen Aufregung schien es manchmal so, als würden alle Flüchtlinge in Deutschland bleiben. Das ist nicht der Fall. Erstens kann es sein, dass diese Menschen in einen anderen EU-Staat weiterreisen. Zweitens sind bei der ersten Registrierung durch die Behörden «Fehl- und Doppelerfassungen» möglich, darauf weist das Bundesinnenministerium (BMI) hin.¹⁰ Drittens kann heute niemand sagen, wie viele tatsächlich Asyl beantragen werden. Das hat damit zu tun, dass das **Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)** extrem überlastet ist. Anfang 2016 dauerte es bis zu neun Monate,¹¹ bevor Flüchtlinge einen Asylantrag stellen konnten. In der Zahl der Ankünfte sind viele Menschen erfasst, die das Land verlassen oder abgeschoben werden.

⁸ Horst Seehofer zitiert nach: «Es sind zu viele», Interview, Die Welt, 11.10.2015, unter: www.welt.de/politik/deutschland/article147449994/Es-sind-zu-viele.html. ⁹ Bundesministerium des Innern (BMI), Pressemitteilung, 6.1.2016, unter: www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/01/asylant-raege-dezember-2015.html. ¹⁰ Ebd. ¹¹ Jacke, Christiane: Bis zu 770.000 offene Asyl-Fälle: BAMF-Chef verspricht Besserung, NWZ Online, 5.2.2016, und Flüchtlingsrat Berlin: Stellungnahme an den Innenausschuss des Deutschen Bundestages, 9.1.2016.

Etwas konkreter sind die Zahlen der *Asyl-Erstanträge*. Einen solchen haben im Jahr 2015 nach Behördenangaben 441.899 Menschen gestellt. Unter ihnen sind nicht nur neu angekommene, sondern auch bereits in Deutschland lebende Geflüchtete. Auch sie stammen zu über einem Drittel aus Syrien, gefolgt von Albanien, Kosovo, Afghanistan und Irak. Das waren mehr Anträge als je zuvor – allerdings nur ganz knapp mehr als im bisherigen Rekordjahr 1992 (438.191).¹²

Entschieden hat das BAMF im Jahr 2015 allerdings nur über rund halb so viele Anträge (282.726). Die Erlaubnis, in Deutschland zu bleiben, erhielt rund die Hälfte der Antragsstellenden (137.136); die sogenannte Schutzquote lag bei 49,8 Prozent.¹³ Auch dies ist ein Rekord, der aufgrund der hohen Antragszahlen umso bemerkenswerter ist. Viele Jahre lang hat Deutschland 90 bis 95 Prozent aller Asylgesuche abgelehnt. Die hohe Anerkennungsrate hat vor allem damit zu tun, dass derzeit ein besonders hoher Anteil der AntragstellerInnen aus Ländern kommt, die unstrittig als Kriegsgebiet gelten.

Auch wenn es viele Ungewissheiten gibt: Sicher ist, dass sehr viele Menschen gekommen sind – und dass sehr viele bleiben werden.

Warum sind es jetzt so viele Flüchtlinge?

Nicht nur hierzulande wurde ein Rekord aufgestellt. Noch nie hat das UN-Flüchtlingswerk UNHCR weltweit mehr Menschen auf der Flucht gezählt: 59,5 Millionen, einer von je 122 Menschen auf der Welt waren es im Juni 2015. Mehr als die Hälfte von ihnen waren Kinder.¹⁴ Ein Jahr zuvor waren es 51,2 Millionen. Ein höherer Zuwachs wurde noch nie dokumentiert. Und schon der Vorjahreswert war der höchste seit dem Zweiten Weltkrieg.

¹² Statista: Anzahl der Asylanträge (Erstanträge) in Deutschland von 1991 bis 2016, unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/154286/umfrage/asylantraege-erstantraege-in-deutschland-seit-1995/>. ¹³ Mehr Menschen als je zuvor erhalten Schutz, Mediendienst Integration, 13.1.2016, unter: <http://mediendienst-integration.de/artikel/asyl-asylzahlen-bamf-schutzquote-antraege.html>. ¹⁴ UNHCR: Mid-year trends 2015, unter: www.unhcr.org/56701b969.html.

Der starke Anstieg ist die Folge von 15 neuen Konflikten, die seit Anfang des Jahrzehnts ausgebrochen oder wieder aufgeflammt sind. Brennpunkte sind der Nahe und Mittlere Osten. Allein wegen des Syrienkrieges waren bis Januar 2016 etwa 8 Millionen Menschen innerhalb Syriens und rund 4,6 Millionen außerhalb des Landes auf der Flucht. An zweiter Stelle stehen Afghanistan (mit rund 4 Millionen Flüchtlingen im In- und Ausland) und der Irak (knapp 4 Millionen als Binnenvertriebene, eine halbe Million außerhalb des Landes). Hinzu kommen der Jemen (1,5 Millionen) und Libyen (0,4 Millionen).

Sieben weitere Konfliktregionen liegen in Afrika: Côte d'Ivoire, Zentralafrikanische Republik, Libyen, Mali, Nordost-Nigeria/Kamerun, Südsudan und Burundi. Diese Krisen werden häufig übersehen, die Hilfsorganisationen sprechen dann von «vergessenen Konflikten». Die Beschaffung von Ressourcen für die Versorgung der Opfer ist dadurch stark erschwert. Es gibt eine Verteilungskonkurrenz, vor allem mit Syrien. Dabei haben die afrikanischen Krisen eine enorme Fluchtbewegung ausgelöst, die fast ebenso groß ist wie im Nahen Osten.

Keiner half den HelferInnen

Dass so viele Menschen nach Europa kommen wie zur Zeit, ist ein neues Phänomen. Das UN-Flüchtlingswerk UNHCR kann erklären, woran das liegt: Um die über 4 Millionen geflohenen Menschen rund um Syrien im Jahr 2015 zu versorgen, hätten die Hilfsorganisationen etwa 5,5 Milliarden US-Dollar gebraucht – inklusive der Ausgaben, die der Bevölkerung der Aufnahmeländer zugutekommen, um Spannungen abzubauen. Eine regionale Versorgung entspricht auch dem Wunsch vieler Flüchtlinge, die oft möglichst nah an ihrer Heimat bleiben wollen. Deutschland zahlte 2015 etwa 344 Millionen US-Dollar. Insgesamt aber machten die Geberländer bis September 2015 nicht einmal die Hälfte der Summe locker. Die Folge waren eine «dramatische Kürzung der Lebensmittelrationen»¹⁵ auf einen Gegenwert von knapp 0,50 US-Dollar pro Tag, der Verlust des

Zugangs zu medizinischer Versorgung und der Verlust der kostenpflichtigen Aufenthaltsgenehmigungen im Libanon. «Die *sinkende humanitäre Hilfe* wurde sowohl von Flüchtlingen im Irak, in Jordanien, im Libanon und in Ägypten als [...] Auslöser für eine Entscheidung, nach Europa zu gehen, angegeben», so der UNHCR. Im Angesicht des Flüchtlingstrecks stellten die Geberstaaten kürzlich insgesamt rund 9 Milliarden US-Dollar bis 2018 bereit – immer noch weniger als das, was die Hilfsorganisationen brauchen.

Die meisten kommen nicht weit

Rund zwei Drittel aller Flüchtlinge auf der Welt bleiben im eigenen Land: 38,2 Millionen Menschen sind sogenannte Binnenvertriebene (Internally Displaced Persons, IDP). Die meisten der übrigen überqueren nur eine einzige Grenze. Sie bleiben oft in großen Lagern der Hilfsorganisationen in Nachbarländern.

Die Flüchtlingsaufnahme ist global sehr ungleich verteilt. Knapp neun von zehn Flüchtlingen befanden sich 2014 in Ländern, die als wirtschaftlich weniger entwickelt gelten.

Man kann davon ausgehen, dass die Bundesrepublik 2015 und 2016 insgesamt bis zu 1,5 Prozent ihrer Gesamtbevölkerung an Flüchtlingen aufnimmt. Nach den Zahlen des jüngsten UNHCR-Jahresberichts ist das weltweit Platz 6, nach dem Libanon (24 Prozent), Jordanien (10 Prozent), dem Tschad (3,5 Prozent), Schweden (2,4 Prozent) und der Türkei (2,1 Prozent); gefolgt von Iran, Kenia, Uganda, Pakistan und Äthiopien.

Zur Wahrheit gehört, dass – außer in Schweden – in diesen Ländern für Flüchtlinge elende Bedingungen herrschen und keines von ihnen eine auch nur annähernd vergleichbare Versorgung gewährt. Die Aufnahme eines Flüchtlings in Deutschland kostet etwa 10.000 Euro im Jahr, in Jordanien kalkulieren die Hilfswerke mit rund 1.200 US-Dollar.

Kann Deutschland das bezahlen?

Auch konservative VolkswirtschaftlerInnen sehen in der hohen Zuwanderung kein Problem (zu der Finanzierung der Flüchtlingsaufnahme im Einzelnen → Kapitel 2.4). Seit 2012 gab es jedes Jahr einen Rekord bei den Steuereinnahmen, 2015 mach-

te der Bund zum ersten Mal keine neuen Schulden mehr. «Angesichts der Lage des Arbeitsmarktes und der Staatsfinanzen hätte es keinen günstigeren Zeitpunkt geben können», sagt der Leiter des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) Michael Hüther.¹⁶

Katja Rietzler, Referatsleiterin für Steuer- und Finanzpolitik bei der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung, schätzt, dass der Staat für die Flüchtlingsintegration und den Wohnungsbau über Jahre Ausgaben von «zeitweise durchaus in der Größenordnung von rund einem Prozent des BIP»¹⁷ tätigen müsste. «Auch für unser demografisches Problem liegt eine Chance in der Zuwanderung. Wir können den Andrang bewältigen – an der Finanzierung kann es sicher nicht scheitern», sagt Rietzler. Sie plädiert für eine stärkere Besteuerung hoher Vermögen, sähe aber auch kein Problem in einer Kreditfinanzierung: «Wer jetzt mit dem Argument der Entlastung zukünftiger Generationen auf Kosten der Infrastruktur und der Integration die «schwarze Null» priorisiert, erweist genau diesen zukünftigen Generationen einen Bärendienst.»

9

Als sich abzeichnete, dass es mit Ende des Jahres 2015 wohl eine Million Flüchtlinge sein würden, die nach Deutschland gekommen sind, sagte der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, David Folkerts-Landau, dies sei «das Beste, was 2015 passiert ist».¹⁸

→ Die Aufnahme von Schutzsuchenden ist keine Frage der ökonomischen Konjunktur, sondern eine politische Entscheidung. Doch kaum ein anderes Land hat so gute Voraussetzungen wie Deutschland, um vielen Flüchtlingen ein würdiges neues Leben zu ermöglichen.

16 Michael Hüther zitiert nach: «Günstigeren Zeitpunkt gibt es nicht», Interview, Stuttgarter Zeitung, 22.1.2016, unter: www.iwkoeln.de/presse/interviews/beitrag/michael-huether-in-der-stuttgarter-zeitung-einen-guenstigeren-zeitpunkt-gibt-es-nicht-262370. **17** Rietzler, Katja: Die Integration der Flüchtlinge müssen wir uns leisten, in: DGB Bildungswerk BUND e. V. (Hrsg.): Forum Migration, Newsletter 2/2016, S. 4, unter: http://migration-online.de/beitrag_aWQ9MTAwOTg_.html. **18** David Folkerts-Landau zitiert nach: «Flüchtlinge sind eine Riesenchance für Deutschland», Interview, Die Welt, 14.12.2015, unter: www.welt.de/wirtschaft/article149914423/Fluechtlinge-sind-eine-Riesenchance-fuer-Deutschland.html.

2.2 WOHNEN

«Es darf nicht sein, dass alle Flüchtlinge, sobald sie anerkannt sind, wie prognostiziert in die Großstädte ziehen.»

Hannelore Kraft (SPD), Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen, 1. Februar 2016¹⁹

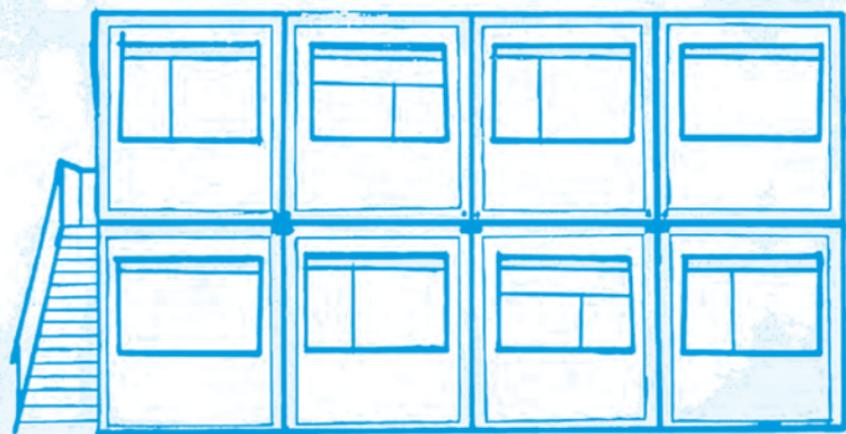
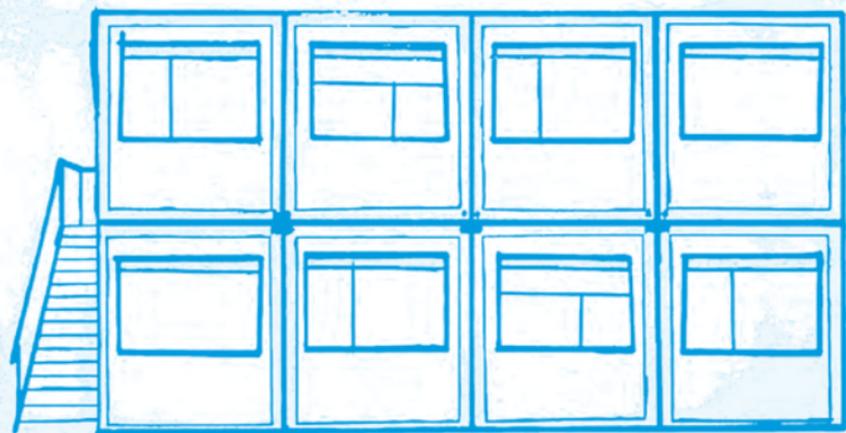
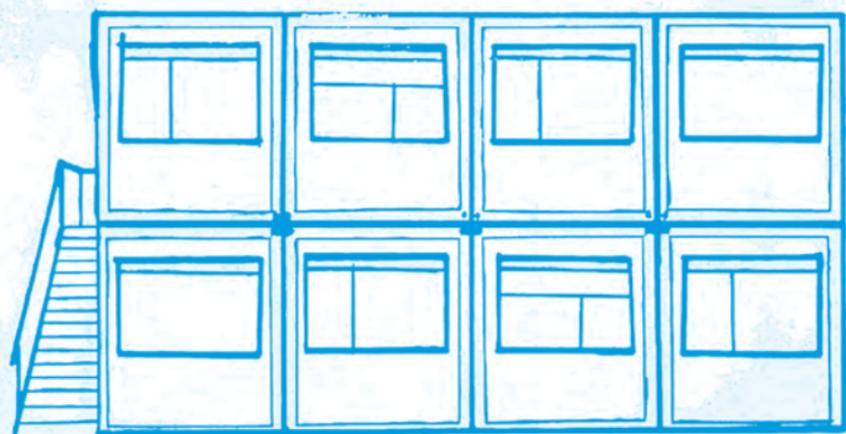
In immer mehr Großstädten machen Menschen dieselbe Erfahrung: Erschwinglicher Wohnraum ist kaum noch zu finden. Selbst Menschen, die seit Langem in innerstädtischen Quartieren leben, werden durch steigende Mieten verdrängt. Der Staat hat praktisch nichts gegen dieses Problem unternommen – und jetzt kommen auch noch die Flüchtlinge hinzu. Tatsächlich gibt es ein Spannungsverhältnis zwischen dem Wunsch vieler MigrantInnen nach einem Leben in Ballungsgebieten, in denen es schon viele MigrantInnen gibt, und dem Mangel an günstigem Wohnraum an vielen dieser Orte. Der lässt sich nicht ohne Weiteres wegfordern. Aber es gibt Wege, damit einen Umgang zu finden.

Wo und wie wohnen?

Nach ihrer Einreise werden Flüchtlinge zunächst in den Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder untergebracht. **Asylsuchende** aus sogenannten **sicheren Herkunftsstaaten**, FolgeantragstellerInnen und Asylsuchende ohne Identitätsdokumente werden danach in «besondere Aufnahmezentren» gebracht. Gerade die zuletzt genannte Personengruppe kann in der Praxis uferlos ausgeweitet werden, denn schon jetzt unterstellen viele Ausländerbehörden Schutzsuchenden eine vorsätzliche Vernichtung ihrer Papiere. Dabei sagt das Vorhandensein eines Passes nichts über die Schutzbedürftigkeit einer Person aus.

Die übrigen Asylsuchenden werden nach relativ kurzer Zeit anhand einer Quotenregelung auf alle Landkreise verteilt. Während des laufenden Asylverfahrens sind die Kommunen verpflichtet, alle ihnen zugewiesenen Flüchtlinge unterzubringen. Entweder zahlen sie den Geflüchteten einen Mietzuschuss, so

¹⁹ Hannelore Kraft zitiert nach: Kraft will Wohnsitzauflage auch für anerkannte Asylbewerber, Spiegel Online, 1.2.2016, unter: www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-hannelore-kraft-will-residenzpflichtuer-anerkannte-asylbewerber-a-1074973.html.



wie es das Sozialgesetzbuch auch für Hartz-IV-EmpfängerInnen vorsieht. Die Höhe variiert je nach Wohnungsmarkt. Oder die Flüchtlinge kommen in eine sogenannte Gemeinschaftsunterkunft (→ Abschnitt «No Lager!»)

Die Unterbringungspflicht stellt viele Kommunen vor Probleme. Sie müssen einen Teil der Kosten dafür selbst tragen (→ Kapitel 2.4), und fast immer fehlt günstiger Wohnraum. Vor allem in Großstädten müssen Flüchtlinge deshalb meist in Heimen leben, zum Teil auch in Containern, Messehallen oder Zelten. In Berlin beispielsweise ist der Anteil der **AsylbewerberInnen** und Geduldeten (**Duldung**), die in Wohnungen untergebracht sind, zwischen 2013 und Ende 2015 von fast 60 Prozent auf 15 Prozent gefallen.

Nach einer Anerkennung des Asylanspruchs gibt es keine Wohnsitzauflage mehr. Kommunen sind dann nicht mehr verpflichtet, Flüchtlinge unterzubringen. Diese müssen das Sammellager verlassen. Sie haben jetzt Anspruch auf Sozialleistungen und können sich an einem Ort ihrer Wahl niederlassen – wenn sie denn genug verdienen oder mit ihrem Arbeitslosengeld (ALG II) etwas finden. Denn sie konkurrieren jetzt mit den Deutschen um den viel zu knappen günstigen Wohnraum. Manche Kommunen versuchen diesem Problem mit einem «geschützten Wohnraumsegment» für Flüchtlinge zu begegnen. Doch deren Volumina sind sehr begrenzt.

Kein Zwang ...

Seit Anfang 2016 mehren sich Stimmen, die einen Wohnortzwang fordern. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund will Flüchtlinge gezielt in bevölkerungsarmen Gegenden mit viel Leerstand ansiedeln; dabei dürfe «die Beschränkung der Freizügigkeit kein Tabu sein», sagte der Verbandsgeschäftsführer Gerd Landsberg. Er will «auch für anerkannte Asylbewerber eine Residenzpflicht [...], um sie da anzusiedeln, wo wir sie haben wollen». ²⁰ Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) ²¹ und Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidentin Hannelore Kraft äußerten sich ähnlich.

20 Gerd Landsberg zitiert nach: Menkens, Sabine: Flüchtlinge da ansiedeln, «wo wir sie haben wollen», Die Welt, 5.1.2016, unter: www.welt.de/politik/deutschland/article150662231/Fluechtlinge-da-ansiedeln-wo-wir-sie-haben-wollen.html. **21** Vgl. Warnung vor «Gettoproblemen»: Vizekanzler Gabriel will Flüchtlingen Wohnort vorschreiben, Spiegel Online, 11.1.2016, unter: www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-sigmar-gabriel-will-asylbewerbern-wohntort-vorschreiben-a-1071356.html.

Für 2015 ist dokumentiert, dass die Hälfte der bei den Arbeitsagenturen gemeldeten Menschen aus den acht wichtigsten Asyl-Herkunftsländern²² in nur 33 deutschen Landkreisen und kreisfreien Städten lebt. Unter diesen Orten sind fast alle Großstädte Westdeutschlands und einige ländliche Kreise in Nordrhein-Westfalen und Hessen. Im Osten hält es fast niemanden.

Doch anerkannte Flüchtlinge, die in eine beliebte Stadt ziehen, tun dies nicht zu besseren Bedingungen als andere. Die Kommunen müssen sie ja nicht mehr unterbringen. Im Gegenteil: Es ist sehr schwer, jemanden zu finden, der Flüchtlingen eine Wohnung vermietet. Wenn dies gelingt – warum sollen sie sie nicht beziehen dürfen? Ihnen zu verbieten, sich ihren Lebensmittelpunkt frei auszusuchen, ist ein schwerwiegender *Grundrechtseingriff*, dem eine xenophobe Angst vor «Parallelgesellschaften» zugrunde liegt. Tatsächlich würde eine Wohnsitzauflage die Integration behindern: Denn natürlich ziehen Menschen, wenn sie die Wahl haben, dahin, wo sie soziale Netzwerke oder Aussicht auf Arbeit haben.

13

... sondern Mitsprache!

Es ist legitim und kann natürlich sinnvoll sein, Flüchtlinge in einer für sie akzeptablen Weise in ländlichen Gebieten unterzubringen. Nicht nur, weil Zwangsmaßnahmen mit Sicherheit unterlaufen würden, sollte man es aber genau andersherum versuchen, als es nun geplant wird: Ein Mitspracherecht bei der Verteilung auf die Kommunen einführen – und zwar schon während des Asylverfahrens. Denn es gibt durchaus Flüchtlinge, die gern auf dem Land leben. Es gibt solche, die Verwandte oder Bekannte in kleinen Städten haben. Manche sind ganz froh, an Orten zu sein, an denen es keine Menschen aus ihrem Herkunftsland oder wenige MigrantInnen gibt. Und wenn sie auf dem Land schon während ihres Asylverfahrens eine Wohnung oder gar ein Haus bekommen können, in der Stadt aber nur einen Platz in der Sammelunterkunft – warum sollte es dann für sie nicht infrage kommen, in der Provinz zu leben? Doch sie

²² Bundesagentur für Arbeit: Räumliche Verteilung der bei Arbeitsagenturen oder Jobcentern gemeldeten erwerbsfähigen Personen (geP) aus den 8 zugangsstärksten nichteuropäischen Asylzugangsländern, Oktober 2015, unter: www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/000200/html/fl-mig/static/karten/n-europa.html.

werden nicht gefragt, es gibt keine Anhörung bei der Verteilung auf die Kommunen. Die Flüchtlinge sind Objekte der Verwaltung.

Direkt ankommen!

Dies anders zu machen wäre ein großer Aufwand für das BAMF. Es müsste ein Verfahren entwickeln, bei dem die Flüchtlinge in mehreren Stufen beraten und an der Wohnortzuweisung beteiligt werden. Und es müsste echte Eingliederungshilfen geben. Doch dann könnten Flüchtlinge mitentscheiden, ob und unter welchen Bedingungen sie in bevölkerungsarmen Gegenden angesiedelt werden wollen.

Man könnte dabei Kommunen, die Leerstand anmelden, besonders fördern. Und Flüchtlinge könnten direkt an einem Ort «ankommen», an dem sie sich ein Leben vorstellen können, Kinder einschulen, Bekanntschaften knüpfen, Arbeit suchen – statt damit monate- oder gar jahrelang warten zu müssen, bis das Asylverfahren abgeschlossen ist. Ein solches Verfahren würde nicht bedeuten, dass am Ende alle zufrieden sind. Aber es wäre ein Fortschritt gegenüber der jetzigen Praxis, Menschen vollkommen willkürlich über das Land zu verteilen.

No Lager!

Nicht im Lager leben zu müssen ist seit vielen Jahren eine der wichtigsten Forderungen der Flüchtlingsbewegung. In den Gemeinschaftsunterkünften teilen sich bis zu fünf einander fremde Erwachsene ein Zimmer. In den Bundesländern werden Mindeststandards für die Flächen gesetzt. In Hessen zum Beispiel sind als Wohnfläche pro Person 6 m² zuzüglich 3 m² Bewegungsfläche vorgeschrieben. Als «Bewegungsfläche» gelten Aufenthaltsräume, Küchen, Bäder und Flure.

Gefährlich ...

Auch Menschenrechtsorganisationen und ÄrztInnen kritisieren die Verhältnisse in den Gemeinschaftsunterkünften: «Bedürfnisse von Einzelpersonen oder Familien nach Wohnraum, Privatsphäre und Gemeinschaftsräumen finden keine Berücksichtigung», schreibt das Deutsche Institut für Menschenrechte. Der Medizinprofessor August Stich leitet das Ärzteteam in einer Sammelunterkunft in Würzburg, in der sich in der Vergan-

genheit BewohnerInnen getötet oder verletzt haben. Die Unterkünfte seien «ein System, das strukturelle Gewalt ausübt», sagt er.²³

Die Gruppe Women in Exile weist auf besondere Schwierigkeiten von Frauen in Lagern hin: Diese seien Übergriffen von anderen Bewohnern schutzlos ausgeliefert, nicht zuletzt, weil es etwa geteilte Badezimmer und Toiletten gibt. Die Lager «begünstigen als Orte eines extrem fremdbestimmten Alltags sexuelle Gewalt oder Ausbeutung».²⁴

Immer wieder gab es Übergriffe des Personals auf BewohnerInnen von Flüchtlingslagern. Das Risiko für solche Vorfälle dürfte nun gestiegen sein, weil eine große Zahl neuer Unterkünfte in sehr kurzer Zeit geschaffen wurde und teils Angehörige der rechten Szene, die oft als Türsteher arbeiten, in den Heimen eingesetzt werden: Teilweise «stehen Neonazis wirklich direkt an der Unterkunft», sagt Erkan Zünbül, der Inhaber der Leipziger Sicherheitsfirma Movement Security, die sich intensiv mit Rassismus in der Branche befasst hat.²⁵ «Es gibt eine kurze Prüfung bei der Industrie- und Handelskammer (IHK) mit einem Multiple-Choice-Test und einem kurzen Gespräch, aber das bereitet ja nicht darauf vor, dort sozialen Problemen zu begegnen.» Hoheitliche Rechte würden an Privatpersonen übertragen, die damit «in eine eindeutige Machtposition über andere kommen – ohne zu prüfen, ob sie dafür geeignet sind, ohne sie darauf vorzubereiten».

... teuer ...

Die Vertragsdetails mit den HeimbetreiberInnen werden fast immer geheim gehalten. Nur manchmal werden Summen bekannt. 2014 konnte Pro Asyl die Kosten von Wohnungen und Sammelunterkünften in 18 Landkreisen miteinander vergleichen. Wohnungen waren demnach für die Kommunen in 12 Landkreisen billiger, teils waren sie nur halb so teuer wie ein Heimplatz. 2007 habe ein Platz in einer Münchner Sammelun-

23 August Stich zitiert nach: Jakob, Christian: Die Bleibenden, Berlin 2016. **24** Women in Exile and Friends: Frauen in brandenburgischen Flüchtlingslagern. Eine Dokumentation, Potsdam 2015, unter: www.women-in-exile.net. **25** Erkan Zünbül zitiert nach: «Da stehen Neonazis wirklich direkt an der Unterkunft», Interview, Vice Deutschland, 12.11.2015, unter: www.vice.com/de/read/da-stehen-neonazis-wirklich-direkt-an-der-unterkunft-292.

terkunft 683 Euro pro Person gekostet, gab der damalige Sozialreferent an. Dies sei «eindeutig die teuerste Lösung».²⁶

... und stigmatisierend

Flüchtlinge in Sammelunterkünften unterzubringen war lange Zeit eine bewusste politische Entscheidung. Sie ist getroffen worden, obwohl es andere Möglichkeiten gab, die auch noch günstiger gewesen wären. Die Politik hat auf diese Weise versucht, jede Sesshaftwerdung und *Integration zu verhindern* – denn je eher Flüchtlinge soziale Beziehungen knüpfen, desto schwieriger wird es, sie wieder abzuschieben. Die Geflüchteten sollten der Mehrheitsgesellschaft fremd bleiben. Die Unterdrückung sozialer Beziehungen war Instrument der Asylpolitik. Die niedersächsische CDU-Abgeordnete Editha Lorberg sagte es so: «Unterbringung in Wohnungen würde bei den Ausreisepflichtigen zu einer faktischen Verfestigung des Aufenthalts führen. Den Aufenthalt von ausreisepflichtigen Personen zu beenden, würde dadurch erschwert.»²⁷

16

Kein leeres Haus, kein volles Zelt

Doch die Zeiten, in denen es allein eine politische Entscheidung war, Flüchtlinge in Lager zu stecken, sind seit 2015 vorbei. Sowohl während als auch nach Abschluss des Asylverfahrens gibt es vielfach großen Mangel an Unterbringungsmöglichkeiten. PolitikerInnen wie etwa die Bremer Linken-Abgeordneten Claudia Bernhard und Sofia Leonidakis fordern deshalb, leerstehende Immobilien zu beschlagnahmen: «In einer wohnungspolitischen Notsituation wie jetzt muss auch auf das Instrument der Zwangsbelegung zurückgegriffen werden. Es kann nicht angehen, dass Gebäude ungenutzt leer stehen, während Menschen in Zelten untergebracht werden.»²⁸ Eine solche Maßnahme könnte vor allem helfen, die Unterbringung in völlig unzumutbaren Behelfsunterkünften einzudämmen.

²⁶ Wendel, Kay: Unterbringung von Flüchtlingen in Deutschland. Regelungen und Praxis der Bundesländer im Vergleich, Frankfurt a. M., August 2014, S. 21, unter: www.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/NEWS/2014/Laendervergleich_Unterbringung_2014-09-23_02.pdf. ²⁷ Editha Lorberg zitiert nach: Jakob, Christian: Bloß nicht an Schikanen sparen, Jungle World, 16.12.2015, unter: <http://jungle-world.com/artikel/2010/50/42283.html>. ²⁸ Beschlagnahme von Wohnraum muss auch in Bremen angegangen werden – LINKE reicht Große Anfrage ein, 16.9.2015, unter: www.sofia-leonidakis.de/politik/aktuelles/detail/zurueck/aktuelles-7/artikel/beschlagnahme-von-wohnraum-muss-auch-in-bremen-angegangen-werden-linke-reicht-grosse-anfrage-ein/.

Es gibt zu wenige Wohnungen

Es rächt sich jetzt, dass Bund und Länder den sozialen Wohnungsbau in den 1980er Jahren weitgehend aufgegeben haben. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften fielen der Privatisierung zum Opfer, bis zu 80.000 Wohnungen fallen jedes Jahr aus der Sozialbindung.²⁹ Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft müssten bis 2020 allein für die Nachfrage von Asylberechtigten jährlich 100.000 Wohnungen gebaut werden.³⁰ Insgesamt ist der Bau von jährlich 400.000 Wohnungen bis 2020 notwendig. Derzeit entstehen nur 250.000 pro Jahr, die wenigsten davon im Niedrigpreissegment.

Die IG BAU³¹ und die Wohnungswirtschaft³² fordern deshalb ein öffentliches Investitionsprogramm und bessere Abschreibungsmöglichkeiten. So soll nicht nur in Häuser für Flüchtlinge, sondern insgesamt in dringend benötigten bezahlbaren Wohnraum investiert werden. ForscherInnen wie der Stadtsoziologe Andrej Holm fordern, mehr Einheiten in öffentlicher, aber auch in privater Hand mit «Belegungsbindungen» zu versehen – also festzuschreiben, dass sie zu entsprechenden Mieten an Geringverdienende vermietet werden müssen.³³

17

→ Was tun mit Tröglitz, Clausnitz, Heidenau?

Flüchtlinge werden auf alle Landkreise verteilt – auch auf solche, in denen Nazis sehr aktiv sind. Nach dem Pogrom in der sächsischen Kleinstadt Heidenau im August 2015 blockierten rund 200 AntifaschistInnen in Leipzig Busse, mit denen weitere Flüchtlinge nach Heidenau gebracht werden sollten. «Kein Mensch sollte weiter in die rassistische Provinz», schrieben sie.³⁴

29 Verbändebündnis Sozialer Wohnungsbau: Modellrechnungen zu den langfristigen Kosten und Einsparungen eines Neustarts des sozialen Wohnungsbaus sowie Einschätzung des aktuellen und mittelfristigen Wohnungsbedarfs, Hannover/Berlin 2015. **30** Deschermeier, Philipp/Seipelt, Björn/Voigtländer, Michael: Auswirkungen der erhöhten Zuwanderung auf demographische Prognosen und die Folgen für den Wohnraumbedarf in Deutschland, Köln 2015, unter: www.iwkoeln.de/studien/gutachten/beitrag/philipp-deschermeier-bjoern-seipelt-michael-voigtlaender-auswirkungen-der-erhoehten-zuwanderung-auf-demographische-prognosen-und-die-folgen-fuer-den-wohnraumbedarf-in-deutschland-257364. **31** IG Bau, Pressemitteilung, 4.9.2015, unter: www.igbau.de/IG_BAU_fordert_menschenwuerdige_Wohnungen_fuer_Fluechtlinge.html. **32** Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V., Pressemitteilung, 3.11.2015, unter: <http://web.gdw.de/pressecenter/pressemeldungen/2787-wohnungswirtschaft-fordert-sonderinvestitionsprogramm-zur-unterbringung-von-fluechtlingen>. **33** Andrej Holm zitiert nach: Berlin braucht 50.000 neue Wohnungen, Der Tagesspiegel, 27.10.2015, unter: www.tagesspiegel.de/berlin/bevoelkerungswachstum-und-wohnraum-berlin-braucht-50-000-neue-wohnungen/12500912.html. **34** Geflüchtete sollen aus Connewitz nach Heidenau gebracht werden, indymedia linksunten, 24.8.2015, unter: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/151322>.

Die Forderung ist nachvollziehbar. Käme der Staat ihr nach, hieße das aber auch, dass er ganze Landstriche den RassistInnen überlässt. Sie würden für Anschläge auch noch belohnt und könnten so die Durchsetzung ihrer Ziele erzwingen. Das Problem ist nur schwer lösbar. Geduldete, die oft lange in den Heimen bleiben, dürften grundsätzlich nicht in solche Städte geschickt werden. In jedem Fall müsste der Staat alles Notwendige – und das heißt: viel mehr als jetzt – tun, um die Menschen dort zu schützen; etwa so, wie auch jüdische Einrichtungen in Deutschland bewacht werden.

2.3 ARBEITEN

«Es steht zu befürchten, dass viele von ihnen bei einem Mindestlohn von 8,50 Euro keine Beschäftigung finden, weil ihre Produktivität schlicht zu gering ist.»

18

Hans-Werner Sinn, ifo-Institut, 20. September 2015³⁵

Der Weg auf den deutschen Arbeitsmarkt für Flüchtlinge ist schwer. In der Vergangenheit fanden im ersten Jahr nach Ankunft 8 Prozent von ihnen eine Arbeit, nach drei Jahren knapp 40 Prozent, nach fünf Jahren die Hälfte, nach zehn Jahren zwei Drittel.³⁶ Das war schon vor Einführung des Mindestlohns so und hat nichts damit zu tun, dass Flüchtlinge als Arbeitskräfte zu teuer wären. Die langsame Arbeitsmarktintegration hat andere Gründe: Das Recht zur Arbeitsaufnahme ist eingeschränkt, die Vermittlung beginnt spät, die Sprachkenntnisse von Flüchtlingen sind unzureichend und ihre Qualifikationen sind entweder zu schlecht oder ihre Anerkennung in Deutschland ist zu kompliziert.

Nicht alle dürfen arbeiten

Lange Zeit herrschte in Deutschland ein weitgehendes Arbeitsverbot für AsylbewerberInnen und Geduldete. Hier hat es nun

³⁵ Hans-Werner Sinn zitiert nach: Viele Flüchtlinge nicht für Arbeitsmarkt qualifiziert, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.9.2015, unter: www.faz.net/aktuell/wirtschaft/ifo-institut-viele-fluechtlings-sind-nicht-fuer-arbeitsmarkt-qualifiziert-13813576.html. ³⁶ Brücker, Herbert et al.: Flüchtlinge und andere Migranten am deutschen Arbeitsmarkt: Der Stand im September 2015, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Aktuelle Berichte 14/2015, unter: http://doku.iab.de/aktuell/2015/aktueller_bericht_1514.pdf.

einige Veränderungen gegeben – auf der einen Seite Erleichterungen, für die viele zivilgesellschaftliche Gruppen lange gekämpft haben, auf der anderen Seite aber auch Maßnahmen zur Verhinderung von Zuwanderung. Im Wesentlichen lassen sich aktuell folgende Fälle unterscheiden:

- *Menschen aus «sicheren Herkunftsstaaten»* ist die Arbeitsaufnahme während des Asylverfahrens – und im Falle der Ablehnung des Asylantrags bis zur Ausreise beziehungsweise Abschiebung – verboten.
- *Alle übrigen AsylbewerberInnen* dürfen die ersten drei Monate nach Ankunft nicht arbeiten. Danach gilt für sie zwölf Monate lang ein sogenannter nachrangiger Arbeitsmarktzugang (**Nachrangigkeitsvorbehalt**): Sie können eine Stelle nur annehmen, wenn die Arbeitsagentur zustimmt. Das tut sie nur, wenn sich keine geeignete arbeitslose Person mit deutschem oder EU-Pass findet. Diese Prüfung entfällt unter anderem bei bestimmten Fachkräften, einer Berufsausbildung oder einem Praktikum bis zu drei Monaten, sofern der Mindestlohn gezahlt wird.
- *Geduldeten* können die Ausländerbehörden Erwerbstätigkeit verbieten, vor allem wenn sie nicht an ihrer eigenen Abschiebung mitwirken.
- Wenn das *Asylverfahren beendet* ist und Asylberechtigung, Flüchtlingsschutz oder subsidiärer Schutz erteilt werden, herrscht freier Zugang zum Arbeitsmarkt. Ist nur ein Abschiebungsverbot festgestellt worden, entscheidet die Ausländerbehörde im Einzelfall, ob eine Beschäftigung erlaubt wird.

Auch wenn es viele Einschränkungen gibt, ist es ein großer Fortschritt, dass das generelle Arbeitsverbot in den vergangenen Jahren eingeschränkt wurde. Für Flüchtlinge ist die staatlich verordnete Untätigkeit oft eine *enorme psychische Belastung*. Sie hindert viele daran, eigenes Geld zu verdienen, und nimmt ihnen damit auch die Möglichkeit, Angehörige in ihrem Herkunftsland zu unterstützen. Und sie macht es mit der Zeit immer schwerer, auch nach Erteilung einer Arbeitserlaubnis eine Beschäftigung zu finden. Schließlich kommt hinzu, dass der erzwungene Sozialleistungsbezug Flüchtlingen auch noch zum Vorwurf gemacht wird – von der NPD («Deutschland

ist kein Selbstbedienungsladen»³⁷⁾ bis zur gesellschaftlichen Mitte.

Kein Billigarbeitsmarkt ...

Vor allem nach dem starken Anstieg der Asylzahlen im Jahr 2015 wittern Wirtschaftsverbände die Chance, den gerade erst eingeführten Mindestlohn wieder auszuhöhlen.³⁸⁾ Tatsächlich ist es ein großes Glück, dass der Mindestlohn eingeführt wurde, bevor 2015 besonders viele Geflüchtete nach Deutschland gekommen sind. Könnten Geflüchtete billiger beschäftigt werden als geringqualifizierte Deutsche, würde dies ohne Zweifel xenophobe Stimmungen fördern. Und es würde das Lohngefüge unter Druck setzen.

... sondern Hilfe zur Erwerbsfähigkeit

Begründet werden die Forderungen nach den Mindestlohnausnahmen vor allem damit, dass Flüchtlinge zu schlecht qualifiziert seien. Es trifft zu, dass viele der Flüchtlinge in Deutschland nicht ohne Weiteres vom Arbeitsmarkt aufgenommen werden können. Viele Menschen über 50, viele Mütter, aber auch Teile der übrigen Gruppen werden erwerbslos bleiben. Es lässt sich aber viel dafür tun, ihre Zahl gering zu halten. Entscheidend ist zu akzeptieren, dass Menschen bleiben werden. Genau das ist in der Vergangenheit nicht geschehen. Das Ziel der Migrationspolitik war Abschiebung, nicht Teilhabe.

Schule

Teilhabe beginnt bei Investitionen in die Schulbildung. Denn nach den derzeit bekannten Zahlen des BAMF sind 55 Prozent der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, unter 25 Jahre alt – also im Schul- und Ausbildungsalter. Von den Menschen aus den wichtigsten Asyl-Herkunftsländern hatten zuletzt 13 Prozent eine Hochschule, 17,5 Prozent ein Gymnasium,

20

37) NPD Sachsen: «Schluss mit dem Asylmissbrauch! Deutschland ist kein Selbstbedienungsladen!», 17.3.2013, unter: <https://npd-sachsen.de/schluss-mit-dem-asylmissbrauch-deutschland-ist-kein-selbstbedienungsladen/>. **38)** Arbeitsmarkt: Industrielobby will Mindestlohn für Flüchtlinge aussetzen, Spiegel Online, 24.11.2015, unter: www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/dihk-will-fluechtlinge-beim-mindestlohn-wie-langzeitarbeitslose-behandeln-a-1064251.html; Landkreistag fordert Ausnahmen vom Mindestlohn für Asylbewerber, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.9.2015, unter: www.faz.net/agenturmeldungen/dpa/landkreistag-fordert-ausnahmen-vom-mindestlohn-fuer-asylbewerber-13782916.html; Sachverständigenrat hält Flüchtlingskrise für verkraftbar, Die Zeit, 11.11.2015, unter: www.zeit.de/wirtschaft/2015-11/fluechtlinge-wirtschaftsweise-kosten-mindestlohn.

30 Prozent Haupt- und Realschulen (Sekundarschulen), 24 Prozent Grundschulen und 8 Prozent gar keine Schule besucht.³⁹ Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) geht davon aus, dass 2016 rund 300.000 geflüchtete Kinder in Schulen und 100.000 geflüchtete Kinder in deutsche Kitas kommen. Dafür seien 24.000 neue Lehrkräfte und 14.000 zusätzliche ErzieherInnen nötig.

Sprache

Die Bundesagentur für Arbeit hat 2015 für erwachsene AsylbewerberInnen zusätzliche Deutschkurse eingerichtet, für die sich bis Januar 2016 etwa 220.000 Menschen angemeldet haben. Weil es nicht genug Plätze – und LehrerInnen – gibt, müssen viele InteressentInnen jedoch lange auf einen Kurs warten. An den Kursen können endlich auch noch nicht anerkannte AsylbewerberInnen teilnehmen. Teilnahmeberechtigt ist aber nur, wer aus einem Land stammt, dessen Staatsangehörige zu mehr als 50 Prozent vom BAMF anerkannt werden, wenn sie hier einen Asylantrag stellen. Das trifft derzeit nur auf Syrien, Irak, Eritrea und Iran zu. Menschen aus Afghanistan und Somalia etwa dürfen nicht teilnehmen – obwohl absehbar ist, dass sie nicht in ihre Länder zurückkehren können. Doch Sprachkurse müssen als Grundrecht begriffen werden. Menschen, die bereits eine Berufsqualifikation haben, benötigen Sprachkurse mit berufsbezogenem Fachsprachanteil – das gibt es viel zu selten.

21

Berufsqualifizierung

Rund die Hälfte der Menschen, die nach Deutschland fliehen, bringt eine Berufsqualifikation mit. Seit 2012 gilt in Deutschland das Anerkennungsgesetz. Es gewährt einen Rechtsanspruch auf die Prüfung im Ausland erworbener Qualifikationen. Diese Prüfung kann auch während des laufenden Asylverfahrens beantragt werden. Das Verfahren ist aber nach Meinung vieler ExpertInnen noch zu kompliziert und es gilt längst nicht für alle Berufsgruppen.

Für Menschen ohne Qualifikationen, die ihnen auf dem deutschen Arbeitsmarkt nutzen könnten, braucht es Ausbildungs-

³⁹ Sachverständigenrat hält Flüchtlingskrise für verkraftbar, Die Zeit, 11.11.2015, unter: www.zeit.de/wirtschaft/2015-11/fluechtlinge-wirtschaftsweise-kosten-mindestlohn.

programme. Erfreulicherweise gab es dazu seit dem vergangenen Jahr eine ganze Reihe von Initiativen, zum Beispiel von der chemischen Industrie und der Gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie,⁴⁰ der IG Metall und der Handwerkskammer in Niedersachsen,⁴¹ von der «Allianz für Aus- und Weiterbildung»⁴² oder der bayerischen Wirtschaft.⁴³ Noch immer aber gilt, dass vor allem geduldete Flüchtlinge nicht automatisch bis zum Ende ihrer Ausbildung ein Bleiberecht bekommen. Langjährig Geduldete sollten ein Bleiberecht auch durch die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen erlangen können und nicht nur durch die Aufnahme irgendeiner prekären Arbeit.

Keine verlorenen Jahre

Auch wenn es gerade viele Bemühungen zur Beschleunigung gibt: Asylverfahren dauern lange – je nach Herkunftsland bis zu mehreren Jahren. Ein Problem dabei ist, dass Vermittlung, Qualifizierung und Hilfe beim Weg in den Arbeitsmarkt normalerweise erst nach einer Anerkennung durch das BAMF einsetzen. Für die Betroffenen bedeutet das Jahre beruflichen Leerlaufs und weniger Rentenansprüche, für die Sozialkassen unnötige Ausgaben.

Seit 2014 erproben BAMF und Bundesagentur für Arbeit ein Programm namens «Early Intervention». Dabei leitet das BAMF die Daten von AsylbewerberInnen mit «hoher Bleibeperspektive» sofort nach ihrer Registrierung an die Bundesagentur für Arbeit weiter. Diese nimmt die Personen in ihre Kundendatei auf, bezahlt, wenn nötig, einen Sprachkurs, hilft bei der Suche nach einem Praktikumsplatz, der Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen und finanziert, falls nötig, eine Ausbildung. Auf diese Weise konnten Flüchtlinge über ein Jahr früher eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Doch bislang ist nicht vorgesehen, dieses Verfahren zum Standard zu machen.

40 Bundesarbeitgeberverband Chemie: IG BCE und Arbeitgeber bündeln ihre Kräfte, Pressemitteilung, 14.9.2015, unter: www.bavc.de/bavc/web/web.nsf/id/li_pi_14-09-2015_2.html. **41** IG Metall Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, Pressemitteilung, 4.1.2016, unter: www.igmetall-niedersachsen-anhalt.de/home-aktuelles/news-details/niedersaechsischer-handwerkspakt-integration-gegruendet-ig-metall-und-handwerk-unterstuetzen-gefluechtete-bei-ausbildung-und-beruf/. **42** Die Bundesregierung: Jobhürden für Flüchtlinge abbauen, 18.9.2015, unter: www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2015/09/2015-09-18-ausbildungsallianz-für-fluechtlinge.html. **43** Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V., Pressemitteilung, 9.10.2015, unter: www.vbw-bayern.de/vbw/Pressemitteilungen/Vereinbarung-mit-der-Staatsregierung-für-Integration-von-Flüchtlingen-durch-Arbeit-und-Ausbildung-vbw-legt-umfassendes-Ma%C3%9Fnahme.jsp.

→ Und übrigens: Arbeit für alle gibt es genug

In den nächsten Jahrzehnten wird die Zahl der sogenannten Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Arbeitslose) stark zurückgehen. Millionen Menschen werden den deutschen Arbeitsmarkt verlassen, weil sie das Rentenalter erreicht haben. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) geht in seiner Arbeitsmarktprognose 2030 von einem Rückgang um etwa 3 Millionen gegenüber 2010 aus,⁴⁴ der DGB rechnet mit 6 Millionen,⁴⁵ die Wirtschaftsberatungsfirma Boston Consulting Group gar mit bis zu 7,7 Millionen.⁴⁶ Und der Bundesverband mittelständische Wirtschaft erklärte Ende 2015, dass schon jetzt neun von zehn Unternehmen Probleme haben, offene Stellen zu besetzen.

2.4 FINANZIERUNG

Der Landkreis wird dafür Millionen Euro ausgeben, «während er gleichzeitig die Mittel für Vereine, Jugendarbeit, Schulen, Kultur, Infrastruktur, Sicherheit etc. zusammenstreicht.»

23

Aufruf zu Protestkundgebungen gegen eine Asylbewerberunterkunft in Tröglitz (Sachsen-Anhalt), März 2015⁴⁷

Das Argument ist häufig zu hören, nicht nur von der NPD, sondern auch aus der gesellschaftlichen Mitte: Weil Flüchtlinge kommen, gibt es für Menschen, die schon da sind, weniger Geld.

Was kostet die Aufnahme eines Flüchtlings eigentlich?

Grob gesehen entstehen drei Sorten von Ausgaben:

- Kosten für Versorgung, Unterbringung und Gesundheitsleistungen bis zum Ende des *Asylverfahrens oder bei Duldung*

⁴⁴ Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS): Arbeitsmarktprognose 2030, Juli 2013, unter: www.bmas.de/DE/Service/Medien/Publikationen/a756-arbeitsmarktprognose-2030.html. ⁴⁵ DGB fordert «sozialen Arbeitsmarkt» für Flüchtlinge, Die Welt, 21.12.2015, unter: www.welt.de/politik/deutschland/article150168470/DGB-fordert-sozialen-Arbeitsmarkt-fuer-Fluechtlinge.html. ⁴⁶ Boston Consulting Group, Pressemitteilung, 29.5.2015, unter: www.bcg.de/media/PressReleaseDetails.aspx?id=tcm:89-189318. ⁴⁷ Facebook-Eintrag unter: www.facebook.com/1581979845356652/photos/a.1581980758689894.1073741827.1581979845356652/1603114346576535/?type=3&theater.

- Kosten für die *Integrationshilfe* (Sprachkurse, Qualifizierung, zusätzliche LehrerInnen und ErzieherInnen in Schulen oder Kitas, SozialarbeiterInnen, Arbeitsagenturen etc.)
- Kosten für mögliche Sozialleistungen bei Arbeitslosigkeit oder Niedrigverdienst *nach einer Anerkennung*

Die öffentliche Debatte dreht sich meist um den ersten Punkt: die Kosten während des laufenden Asylverfahrens. Eine genaue Angabe zur Höhe ist hier nicht möglich, weil ein Großteil der Kosten als Sachkosten entsteht und je nach Bundesland und Einrichtung unterschiedlich ausfällt. 2015 haben die Bundesländer einen näherungsweisen Jahresbetrag von 9.795 Euro pro Flüchtling⁴⁸ ausgerechnet – vor allem für Sozialleistungen und Wohnkosten:

Die «notwendigen Bedarfe» lagen seit dem sogenannten **Asylkompromiss** von 1993 erheblich unter dem Existenzminimum für Menschen mit einem deutschen Pass. 2012 wurden die Leistungen durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts angehoben. 2014 entschieden Bund und Länder, dass die diskriminierende Praxis, diese als Essenspakete oder Lebensmittelgutscheine auszahlten, künftig die Ausnahme sein soll. 2015 machte man diese Erleichterung wieder rückgängig: Vor allem Flüchtlinge aus «sicheren Herkunftsländern» sollen nun möglichst wenig Bargeld bekommen.

Hinzu kommen die Wohnkosten:

- Da gibt es zum einen die in → Kapitel 2.2 beschriebene Variante der *Unterbringung in Lagern*. Derzeit verhandeln Kommunen wegen der Wohnungsnot immer öfter auch mit *HotelbetreiberInnen*, die teilweise bis zu 50 Euro pro Nacht für die Unterbringung von Flüchtlingen verlangen.⁴⁹
- Die andere Möglichkeit ist die Zahlung eines *Mietzuschusses*, genau wie bei Hartz IV für Deutsche. Dieser variiert je nach

⁴⁸ Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder zur Asyl- und Flüchtlingspolitik am 24. September 2015; Warum gerade 670 Euro je Flüchtling?, Die Welt, 25.9.2015, unter: www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/thema_nt/article146854898/Warum-gerade-670-Euro-je-Fluechtling.html. ⁴⁹ Plickert, Philip/Jahn, Joachim: 18.000 Euro je Flüchtlingsbett in Berlin?, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.2.2016, unter: www.faz.net/aktuell/wirtschaft/anmietung-von-hotels-18-000-euro-je-fluechtlingsbett-in-berlin-14046685.html.

Tabelle 1: Sozialleistungen für Flüchtlinge in Aufnahme- und Erstaufnahmeeinrichtungen (pro Person und Monat)

<p>Alle Flüchtlinge kommen direkt nach ihrer Ankunft in Deutschland in Aufnahmeeinrichtungen. Menschen aus «sicheren Herkunftsstaaten» bleiben das ganze Asylverfahren über dort. Die übrigen werden nach einer gewissen Zeit auf die Landkreise verteilt. Verantwortlich sind die Bundesländer.</p>		
Personengruppe	Kosten/Leistungen	
	«notwendiger Bedarf» (Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheitspflege und Gebrauchs- und Verbrauchsgüter)	«notwendiger persönlicher Bedarf» (Deckung persönlicher Bedürfnisse des täglichen Lebens, «Taschengeld») vorrangig als Sachleistung
alleinstehende Leistungsberechtigte	zwingend als Sachleistung	145 €
zwei erwachsene Partner in Haushaltsgemeinschaft		131 €
weiterer Erwachsener ohne eigenen Haushalt		114 €
Jugendliche (14–18 Jahre)		86 €
Kinder (7–14 Jahre)		93 €
Kinder (0–6 Jahre)		85 €

Tabelle 2: Sozialleistungen bei Unterbringung außerhalb einer Aufnahmeeinrichtung (pro Person und Monat)

Alle Flüchtlinge, die nicht aus «sicheren Herkunftsstaaten» stammen, werden spätestens ab dem sechsten Monat nach Ankunft – meist früher – auf die Landkreise verteilt. Verantwortlich sind die Kommunen.

Personengruppe	Kosten/Leistungen		Summe
	<p>«notwendiger Bedarf» (Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheitspflege und Gebrauchs- und Verbrauchsgütern)</p> <p>vorrangig als Geldleistung</p>	<p>«notwendiger persönlicher Bedarf» (Deckung persönlicher Bedürfnisse des täglichen Lebens, «Taschengeld»)</p> <p>vorrangig als Geldleistung</p>	
alleinstehende Leistungsberechtigte	216 €	145 €	361 €
zwei erwachsene Partner in Haushaltsgemeinschaft	194 €	131 €	325 €
weiterer Erwachsener ohne eigenen Haushalt	174 €	114 €	288 €
Jugendliche (14–18 Jahre)	198 €	86 €	284 €
Kinder (7–14 Jahre)	157 €	93 €	250 €
Kinder (0–6 Jahre)	133 €	85 €	218 €

Wohnungsmarkt. 2015 lag die Obergrenze (ohne Heizkosten) für einen Vier-Personen-Haushalt zum Beispiel in Cottbus bei 416 Euro, in Berlin bei 587 Euro, in Düsseldorf bei 790 Euro. Diese Möglichkeit wurde lange Jahre nicht genutzt, weil man die Unterbringung für die Flüchtlinge möglichst unangenehm machen wollte und deshalb auf Lager gesetzt hat. Aufgrund der gestiegenen Flüchtlingszahlen würden viele Kommunen heute liebend gern Flüchtlinge in Wohnungen mit vergleichsweise günstigem Mietzuschuss unterbringen. Aber es gibt nicht genug Wohnungen.

Die hier beschriebenen Kosten für «notwendige Bedarfe» und Wohnen fallen an von der Ankunft bis zum Ende des Asylverfahrens und gegebenenfalls noch für die Zeit einer sich anschließenden Duldung. Wie lang das ist, ist nicht pauschal zu sagen. Die Asylverfahren selbst dauerten im Januar 2016 im Durchschnitt fünf Monate, allerdings müssen viele Menschen viele Monate warten, bevor sie nach dem ersten Asylgesuch an der Grenze überhaupt einen formellen Asylantrag stellen können.

27

Wer bezahlt das?

Das **Asylbewerberleistungsgesetz** legt fest, dass Bundesländer und Kommunen Unterbringung und Versorgung bezahlen müssen. Die Kommunen strecken die Kosten für Unterkunft, Kleidung und Essen vor und bekommen sie dann vom jeweiligen Bundesland erstattet. Die Höhe dieser Erstattung variiert aber von Land zu Land sehr stark, jedes Bundesland hat hierzu ein eigenes Aufnahmegesetz.

Flickenteppich von Lebensstandards

In vielen Bundesländern sind diese Erstattungen nicht kosten deckend. Das belastet die kommunalen Haushalte, die Unterbringungsstandards unterscheiden sich deshalb stark. «Ob ein Asylbewerber Zugang zu Integrationskursen oder zu einer umfangreichen Gesundheitsversorgung hat, hängt davon ab, wo er aufgrund des Verteilungsschlüssels landet», sagt Hannes Schammann von der Universität Hildesheim.⁵⁰

⁵⁰ Hannes Schammann zitiert nach: Werden die Kommunen ausreichend entlastet?, Mediendienst Integration, 8.10.2015, unter: <http://mediendienst-integration.de/artikel/asylbewerber-unterbringung-in-den-kommunen-asylverfahrensbeschleunigungsgesetz.html>.

Und stimmt es nun, dass die Kommunen kein Geld für Schwimmbäder haben, weil sie Flüchtlinge versorgen müssen?

Lange hat der Bund, dessen Finanzlage seit einiger Zeit sehr gut ist, nichts gegen die Probleme der Kommunen getan. Das hat zu Zuständen wie am deutschlandweit berüchtigt gewordenen Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) geführt, wo Flüchtlinge tagelang völlig unversorgt warten müssen. Seit 2016 nun zahlt der Bund den Ländern während des Asylverfahrens pro Flüchtling 670 Euro pro Monat. Aber das Geld wird nicht automatisch von den Ländern an die Kommunen weitergegeben. Das Problem der ungleichen und unzureichenden Erstattung bleibt bestehen. Vor allem in Ländern, in denen die Schuldenbremse greift, wie etwa in Nordrhein-Westfalen, ist die Lage sehr schwierig.

In armen Kommunen bleibt es deshalb bei einer faktischen Verteilungskonkurrenz zwischen zugewiesenen Flüchtlingen und den bisherigen BewohnerInnen – und diese wird von Nazis, «Nein zum Heim»-Initiativen und «besorgten BürgerInnen» aufgegriffen. Frank Stein ist Stadtkämmerer von Leverkusen, einer Kommune mit großen Finanzproblemen. Er hat die Aufrechnung heftig kritisiert: «Wer so argumentiert, tut das in der Regel nicht aus der Sorge um die Stadtfinanzen, sondern um die Ausgaben für politische Zwecke zu instrumentalisieren», sagt er.⁵¹ Die humanitäre Verpflichtung den Flüchtlingen gegenüber stehe «nicht unter Finanzierungsvorbehalt». Es sei nicht nötig, wegen der Ausgaben für die AsylbewerberInnen auf andere Dinge zu verzichten, sagt Stein, «wenn sich Bund und Länder die Lasten endlich gerecht aufteilen».

Die Wurzel allen Übels heißt: Asylbewerberleistungsgesetz

Die hohen Flüchtlingszahlen sind ein objektives Problem für viele Kommunen. Sie bekommen zu wenig Unterstützung vom Bund. Und trotz vieler Mühen in den Kommunen ist die Situation für viele Flüchtlinge völlig inakzeptabel. Der einfachste und gründlichste Ausweg aus diesem Dilemma wäre die

51 Frank Stein zitiert nach: Jakob, Christian: Der Bund muss zahlen, die tageszeitung, 20.6.2015, unter: www.taz.de/!5205054/.

Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Dann wäre der Bund in der Pflicht, die Grundleistungen zu zahlen, Länder und Kommunen könnten sich die Kosten für die Unterkunft teilen. Alle Kommunen bundesweit würden stark entlastet und gleich behandelt. Sie wären nicht mehr auf die Fairness oder Zahlungsfähigkeit der Länder angewiesen.

→ **Und übrigens:**

Ein solcher Schritt hätte einen weiteren positiven Effekt: Denn im Asylbewerberleistungsgesetz steht auch, dass AsylbewerberInnen keine volle Gesundheitsversorgung bekommen. Sie haben nur Anspruch auf «akute und schmerzstillende» Behandlung. Auch diese festgeschriebene Diskriminierung hätte ein Ende, wenn das Asylbewerberleistungsgesetz fielen. Dann könnten die Menschen ganz normal über das Sozialamt krankenversichert werden.

2.5 ABSCHRECKUNG

«Für die, die offensichtlich nicht schutzbedürftig sind, wollen wir jeden Anreiz unterbinden, in Deutschland einen Antrag auf Asyl zu stellen.»

Thomas Strobl, MdB, CDU/CSU-Bundestagsfraktion,
23. Oktober 2015⁵²

Der «Asylkompromiss» von 1993 schränkte die Rechte von Flüchtlingen in Deutschland erheblich ein. Sie unterlagen einem Arbeits- und Studierverbot, der **Residenzpflicht**, mussten mit reduzierten Sozialleistungen leben und waren meist in Lagern untergebracht. Sehr lange wurde gegen diese Restriktionen gekämpft, auch von Flüchtlingen selbst. Das Ergebnis war eine Reihe teils erheblicher Verbesserungen in den vergangenen Jahren. Nach und nach, insbesondere mit dem Anstieg der Flüchtlingszahlen 2009, begannen konservative InnenpolitikerInnen, neue Verschärfungen zu fordern. Ihr wichtigs-

⁵² Thomas Strobl zitiert nach: CDU/CSU, Pressemitteilung, 23.10.2015, unter: www.cducusu.de/en/node/111656.

tes Argument dabei war, dass vor allem Menschen aus den Balkanstaaten als Flüchtlinge kommen. 2012 sprachen der Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU)⁵³ und der hessische Innenminister Boris Rhein (CDU)⁵⁴ in diesem Zusammenhang von «Asylmissbrauch». Roma seien «nicht schutzbedürftig».

Anti-Roma-Maßnahmen als Türöffner ...

Dabei ignorierten sie, dass Roma auf dem Balkan – damals wie heute – unter elenden Bedingungen leben und systematisch ausgegrenzt werden. Zudem führten die damaligen Gesetze keineswegs dazu, dass viele Menschen vom Balkan hier Asyl bekamen, im Gegenteil – ihre Anerkennungsquote lag bei nahezu null Prozent. Der asylpolitische Rollback kam trotzdem: Seit Herbst 2014 wurde das Asylrecht immer weiter verschärft – mit teilweise enormen Härten für die Betroffenen. Und jedes Mal wurde dabei behauptet, dies geschehe, um legitime Flüchtlinge (zum Beispiel aus Syrien) von vermeintlich illegitimen Flüchtlingen (zum Beispiel Roma) zu trennen, um den legitimen «besser helfen»⁵⁵ zu können.

Tatsächlich ging es aber darum, über Abschreckung und erleichterte Abschiebungen die Zahl der Flüchtlinge in Deutschland insgesamt zu drücken. Die Verschärfungen wurden nach und nach auf immer mehr Gruppen ausgeweitet. Heute spielen die Balkanstaaten bei den Antragszahlen praktisch keine Rolle mehr: Im Januar 2016 stammten 81,2 Prozent aller AntragstellerInnen aus Syrien, Iran, Irak, Afghanistan und Eritrea. Niemand bestreitet, dass diese Menschen «wirklich schutzbedürftig» sind. Doch die beschlossenen Härten treffen jetzt sehr große Gruppen von Flüchtlingen, darunter auch Menschen aus diesen Ländern. Sie werden sich nicht von fehlenden «Anreizen» abhalten lassen, nach Deutschland zu kommen, denn sie haben oft keine andere Wahl.

53 Hans-Peter Friedrich zitiert nach: Immer mehr Asylbewerber kommen aus Serbien, Die Welt, 12.10.2012, unter: www.welt.de/politik/deutschland/article109781574/Immer-mehr-Asylbewerber-kommen-aus-Serbien.html. **54** Boris Rhein zitiert nach: Minister Rhein sieht «Asylmissbrauch» bei den Roma, Die Welt, 9.10.2012, unter: www.welt.de/regionales/frankfurt/article109722193/Minister-Rhein-sieht-Asylmissbrauch-bei-den-Roma.html. **55** CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer zitiert nach: «Polen nimmt etwa so viele Flüchtlinge auf wie München», Interview, Augsburg Allgemeine, 29.7.2015, unter: www.augsburger-allgemeine.de/bayern/Polen-nimmt-etwa-so-viele-Fluechtlinge-auf-wie-Muenchen-id34968952.html.

... für den Rollback in der Asylpolitik

Eine kleine Übersicht der Asylrechtsverschärfungen seit 2014 (teilweise im Februar 2016 noch im Gesetzgebungsverfahren):

- Serbien, Bosnien, Albanien, Kosovo, Montenegro, Mazedonien, Algerien, Tunesien und Marokko wurden beziehungsweise werden als *sichere Herkunftsstaaten* eingestuft.
- Flüchtlinge aus «sicheren Herkunftsstaaten», alle Flüchtlinge, die einen sogenannten Asylfolgeantrag gestellt haben, weil sich ihre Situation grundlegend verändert hat, sowie alle Schutzsuchenden, denen unterstellt wird, sie hätten ihre Papiere vernichtet, sollen künftig *beschleunigten Asylverfahren* unterworfen werden. Vor allem das letzte Kriterium bedeutet, dass sehr viele Flüchtlinge dem Schnellverfahren unterworfen sein werden. Denn – wie Pro Asyl schreibt: «Wer verfolgt wird und untertauchen muss, kann in der Regel keine Papiere mitnehmen. Ohne Pass zu sein ist typisch für Menschen auf der Flucht!»⁵⁶ Nach **Frontex-Angaben** kommt «die große Mehrheit» der Menschen ohne Papiere an.⁵⁷
- In *nur einer Woche* ist es nicht möglich, Fluchtgründe angemessen zu prüfen. Vor allem für Kranke, Traumatisierte, Minderjährige oder andere in hohem Maße schutzbedürftige Menschen sind die Schnellverfahren hoch problematisch. Sie brauchen viel mehr Zeit als eine Woche, um sich auf eine Anhörung vorzubereiten und ihre Asylgründe detailliert darzulegen.
- Während des Schnellverfahrens müssen die Menschen in *besonderen Aufnahmezentren* leben, in denen sie von UnterstützerInnen und HelferInnen abgeschottet werden. Kinder werden dort beschult. Die Verfahren sollen bereits abgeschlossen werden, bevor die AntragstellerInnen auf die Kommunen verteilt werden.
- Die *Residenzpflicht* soll hier strikter als je zuvor gelten: Wenn die Betroffenen den ihnen zugewiesenen Landkreis verlassen, gilt ihr Asylantrag als eingestellt. Nach einem zweiten Verstoß ist eine Flüchtlingsanerkennung erheblich erschwert.

⁵⁶ Pro Asyl: Asylpaket II stoppen – Keine Einschränkung von fairen Asylverfahren!, unter: www.proasyl.de/de/home/asylpaket-ii-stoppen/. ⁵⁷ Wie viele Flüchtlinge haben keine Papiere?, Mediendienst Integration, 29.1.2016, unter: <http://mediendienst-integration.de/artikel/was-weiss-man-ueber-fluechtlinge-die-ohne-Papiere-einreisen.html>.

- In diesen Aufnahmezentren sollen wieder vorrangig **Sachleistungen** statt Bargeld ausgegeben werden.
- Die *Abschiebehaft* wird ausgeweitet und erleichtert. Sie kann unter anderem verhängt werden, wenn Flüchtlinge aus anderen EU-Ländern zur Antragstellung nach Deutschland kommen.
- *Abschiebungen* dürfen nicht mehr vorher angekündigt werden. Dadurch soll ein Untertauchen der Betroffenen verhindert werden.
- Abschiebungen sollen auch bei *Krankheit* möglich sein, ausgenommen sind nur sehr schwere Erkrankungen. Die Bundespsychotherapeutenkammer hat dies heftig kritisiert: «Die geplanten Regelungen diskriminieren gezielt psychisch kranke Menschen», schreibt sie.⁵⁸ Traumatisierte Flüchtlinge werden «unter einen Generalverdacht gestellt, ihre Erkrankungen lediglich vorzutäuschen», es wird Misstrauen geschürt, obwohl alle Studien belegen, wie verbreitet insbesondere psychische Erkrankungen bei Flüchtlingen sind. Vorgaben des EU-Asylrechts, die gefestigte Rechtsprechung und humanitäre und rechtsstaatliche Mindeststandards im Umgang mit kranken Flüchtlingen werden massiv verletzt.
- Wer die *Frist zur Ausreise* verstreichen lässt, dem sollen die Leistungen auf das «unabdingbar Notwendige» gekürzt werden.
- Flüchtlinge, die subsidiären Schutz erhalten, können zwei Jahre lang *ihre Familie nicht nachholen*.

➔ **Solidarität muss praktisch werden:**

Je schwerer die Gesetze Flüchtlingen das Leben machen, desto stärker sind sie auf Unterstützung anderer angewiesen – und desto wichtiger wird praktische Solidarität. DIE LINKE hat auf dieser Webseite Ideen, Initiativen und Informationen gesammelt:

www.die-linke.de/index.php?id=15630

⁵⁸ Bundespsychotherapeutenkammer: Entwurf eines Gesetzes zur Einführung beschleunigter Asylverfahren. Stellungnahme der Bundespsychotherapeutenkammer, 1.2.2016, S. 3, unter: www.bptk.de/uploads/media/20160203_2016-02-01_STN_BPtK_Einfuehrung_beschleunigter_Asylverfahren.pdf.

Eine ähnliche Übersicht gibt es auch von Pro Asyl, der Arbeitsgemeinschaft der Flüchtlingsräte in Deutschland:

www.proasyl.de/de/ueber-uns/foerderverein/mitmachen/

Der «AntiraKompass» versteht sich als Plattform der antirassistischen Bewegung und bietet einen Überblick über wichtige Termine, Mobilisierungen, Gruppen und Netzwerke:

<http://kompass.antira.info>

2.6 DULDUNG

«Zehntausende Geduldete bekommen eine sichere Bleibeperspektive.»

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU), 2. Juli 2015⁵⁹

AusländerInnen, die nicht aus EU-Staaten stammen, brauchen eine Erlaubnis, um in Deutschland zu leben (**Aufenthaltstitel**). Sonst müssen sie ausreisen oder können abgeschoben werden. Manchmal aber kann der Staat nicht abschieben – zum Beispiel wegen *Staatenlosigkeit*, *strittiger Staatsangehörigkeit*, *Krankheit* oder *Kriegen* im Herkunftsland. In diesen Fällen bekommen Menschen oft eine Duldung. Sie ist keine Aufenthaltserlaubnis, sondern nur eine Art Bescheinigung über die Verpflichtung, das Land zu verlassen.

33

Die Duldung war ursprünglich nur für Ausnahmefälle und eng befristete Zeiträume gedacht. Doch die restriktive Anerkennungspraxis seit den 1990er Jahren hat zu einer großen Zahl sogenannter Kettenduldungen geführt. Das Prinzip war, den Menschen, die man nicht abschieben konnte, das Leben so schwer zu machen, dass sie irgendwann entnervt von alleine verschwinden. Doch genau das konnten viele nicht.

Um das Jahr 2000 lebten zeitweise über 100.000 Menschen seit mehr als fünf Jahren mit einer Duldung in Deutschland. Vielfach müssen sie im Lager leben, sie unterliegen der Residenz-

⁵⁹ Thomas de Maizière zitiert nach: Maizière verteidigt Verschärfung des Asylrechts, Die Welt, 2.7.2015, unter: www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/brennpunkte_nt/article143429219/Maiziere-verteidigt-Verschaeferung-des-Asylrechts.html.

pflicht, erhalten reduzierte Sozialleistungen und keine Berechtigung zur Erwerbstätigkeit⁶⁰ – ein elender Schwebezustand im Niemandsland des Aufenthaltsrechts. Die Folge sind häufig psychische Erkrankungen. Hinzu kommen immer schlechtere Aussichten auf dem Arbeitsmarkt, wenn doch irgendwann ein Aufenthaltsrecht erteilt wird – denn wer so lange von Berufspraxis, Sprachkursen und Qualifizierung ausgeschlossen bleibt, ist kaum noch vermittelbar.

Immer wieder haben langjährig Geduldete gegen ihre Rechtlosigkeit protestiert. Sie forderten anzuerkennen, dass sie Deutschland nicht verlassen können, und das Recht, sich hier ein neues Leben aufzubauen. Viele Innenminister haben das abgelehnt. Ihr Argument war, dass die Geduldeten ihrer Pflicht, das Land zu verlassen, nicht nachkommen. Dafür dürfe der Staat sie nicht auch noch belohnen.

34

In den letzten Jahren gab es einige Amnestien für bestimmte Gruppen, die sich auf den Stichtag der Einreise bezogen, 2015 wurde dann endlich eine stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung beschlossen: Seither können Menschen, die *seit mehr als acht Jahren* mit einer Duldung in Deutschland leben, ein Bleiberecht bekommen, bei Eltern von Kindern genügen sechs Jahre. Bedingung ist vor allem, dass sie integriert sind. Darunter wird in der Regel verstanden, dass sie eine Beschäftigungserlaubnis erhalten haben, selbst für sich sorgen können und in der Vergangenheit mit den Ausländerbehörden kooperiert haben. Diese Regelungen waren ein großer Fortschritt, die Zahl der Kettengeduldeten sank stark.

Das Problem aber sind die Ausschlusskriterien: Acht verlorene Jahre sind zu viel. Die eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts ist für Menschen unter diesen Umständen oft sehr schwer. Außerdem können Ausländerbehörden Geduldete fast immer vorwerfen, nicht «kooperiert» zu haben – denn sonst wären sie ja ausgewandert. Die Behörden können das Bleiberecht also nach eigenem Ermessen verweigern.

⁶⁰ Geduldete Personen können eine Beschäftigungserlaubnis beantragen, die Ausländerbehörde kann sie je nach rechtlichen Vorgaben nach eigenem Ermessen erteilen. Sie ist befristet und gilt nicht generell, sondern wird für ein bestimmtes Arbeitsverhältnis erteilt.

Nach der hohen Zahl der Ankünfte im Jahr 2015 stellt sich die Frage nach der *Abschaffung der Kettenduldungen* mit neuer Dringlichkeit. Die Praxis, Menschen auf Dauer in der Duldung zu halten, hat in der Vergangenheit enorme Härten produziert, von unnötigen Ausgaben durch erzwungenen Sozialleistungsbezug ganz zu schweigen. Wenn das Bleiberecht an so schwer zu erfüllende Bedingungen geknüpft bleibt und faktisch ins Ermessen der Ämter gelegt wird, droht sich erneut ein Milieu rechtlich völlig marginalisierter MigrantInnen zu bilden – nur diesmal in einer ganz neuen Größenordnung.

→ **Schluss machen!**

Duldungen müssen eng befristet und danach in eine Aufenthaltserlaubnis umgewandelt werden. Wenn der Staat es aus welchen Gründen auch immer nicht schafft, die Ausreisepflicht durchzusetzen, muss er einen Aufenthaltstitel erteilen. Es hat niemand etwas davon, die Menschen, wie in der Vergangenheit, gleichsam zur Strafe in einem Zustand dauerhafter rechtlicher Ausgrenzung zu halten. Vor allem geduldete Jugendliche brauchen ein sicheres Bleiberecht, zumindest bis zum Abschluss ihrer Ausbildung. Auch dies ist bislang eine Ermessensentscheidung der Ausländerbehörden.

35

2.7 «BESORGTE BÜRGERINNEN»

«Unsere Aufgabe ist es, die Bürger ernst zu nehmen, und nicht, sie zu erziehen.»

Frank Kupfer, sächsischer CDU-Fraktionschef,
1. September 2015⁶¹

Was wollen die eigentlich?

Es gibt sie im Osten wie im Westen, in großen Städten wie in der Provinz: die «besorgten BürgerInnen». Sie weisen zurück, «ausländerfeindlich» zu sein. Sie machen sich Sorgen um die deutschen Frauen, um die «abendländische Kultur», das christ-

⁶¹ Frank Kupfer zitiert nach: Sorgen der Bürger beim Thema Asyl ernst nehmen, Die Welt, 1.9.2015, unter: www.welt.de/regionales/sachsen/article145873668/Sorgen-der-Buerger-beim-Thema-Asyl-ernst-nehmen.html.

liche Erbe, um die Preise ihrer Grundstücke, um ihre Rente, um ihre Kinder, um ihre «Traditionen» und um Deutschland. Das Problem ist immer dasselbe: angeblich zu viele Flüchtlinge. Vielen der «Nein zum Heim»-Initiativen geht es nicht nur um das eine bestimmte Heim, sondern um die Ablehnung von Einwanderung an sich. Was sie tatsächlich wollen, ist eine geschlossene nationale Identität. Doch die wird es nicht mehr geben.

Warum sind die so?

Es hat sich in den letzten Jahren eine Schnittmenge zwischen BürgerInnen und der radikalen Rechten gebildet, die es vorher so nicht gab. Das hat auch damit zu tun, dass die Institutionen und große Teile der Zivilgesellschaft ihre Haltung zu Migration verändert haben. Anders als in den 1990er Jahren haben sie diese letztlich akzeptiert. Bis ins vergangene Jahrzehnt war sich die Union einig, dass Deutschland «kein Einwanderungsland» sei.

36

Das hat sich geändert. Bei allen aktuellen Verschärfungen des Asylrechts: Heutzutage wird nicht mehr darum gestritten, *ob* Flüchtlinge und MigrantInnen ins Land gelassen werden, sondern nur noch darum, *wie schnell* und *wie viele*. Das hat sehr wesentlich auch damit zu tun, dass die deutsche Wirtschaft aufgrund der demografischen Entwicklung heute mit Nachdruck nach mehr Einwanderung verlangt.

Transformation ...

Insgesamt ist die Akzeptanz der Migration Ausdruck einer gesellschaftlichen Entwicklung, die längst überfällig war. Aber viele Menschen wollen das nicht hinnehmen. Und dieses Milieu, aus dem die Basis der Alternative für Deutschland (AfD), die «-gida»- und die «Nein zum Heim»-Initiativen hervorgehen, spürt, dass es Medien, Regierung und Institutionen nicht mehr so auf seiner Seite hat wie noch vor einigen Jahren.

... Polarisierung

Sie nehmen für sich in Anspruch, die schweigende Mehrheit «im Volk» zu repräsentieren und behaupten gleichzeitig, Opfer von einer Art Meinungskartell aus Staat, «Lügenpresse» und Systemparteien zu sein. So spricht etwa der Herausgeber des rechten *Compact*-Magazins, Jürgen Elsässer, von «totalitäre[m]

Asyl-Jubel». ⁶² Die Folge ist eine wachsende Distanz zu den etablierten Parteien, zu den Institutionen und zur Presse, die abweichende Meinungen vermeintlich nicht zulassen und angeblich die deutsche Identität zerstören wollen. Solche Vorstellungen sind der Grund, warum sich dieses Milieu radikalisiert.

... und Gewalt

Es gibt einen direkten Zusammenhang zwischen vermeintlich harmlosen Kundgebungen «besorgter BürgerInnen» und rechtem Terror. Der Übergang ist fließend, weil die Berührungspunkte zwischen Konservativen und radikalen Rechten schwinden. So wird heute auf den Facebook-Seiten der «Nein zum Heim»-Initiativen gegen «das Regime» – gemeint ist die Bundesregierung – wegen der vermeintlich zu liberalen Flüchtlingspolitik agitiert. ⁶³ Auf Pegida-Demos werden aus demselben Grund Galgen gezeigt, auf denen die Namen von Angela Merkel oder Vizekanzler Sigmar Gabriel geschrieben sind.

Im Jahr 2015 haben in Deutschland 58.800 Menschen an Aufmärschen von Nazis teilgenommen, dazu kommen noch einmal 42.400 Teilnehmende an Aufmärschen der regionalen Pegida-Ableger. Gleichzeitig gab es insgesamt 1.005 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, darunter 126 Brandanschläge, fünf Mal haben Unbekannte scharf auf Flüchtlinge oder ihre Heime geschossen. Es ist ein Wunder, dass niemand gestorben ist. Morddrohungen bekamen nach einer unvollständigen Sammlung der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom Oktober 2015 «ein Bundestagsabgeordneter, der eine Flüchtlingsfamilie bei sich zu Hause aufgenommen hat, der Landrat des Main-Kinzig-Kreises, der Landrat des Burgenlandkreises, zwölf Konstanzer Stadträte, der Fraktionschef der Linkspartei im Freitaler Stadtrat, der Bürgermeister von Bernau, der Oberbürgermeister von Magdeburg, der Oberbürgermeister von Leipzig, der Ministerpräsident von Thüringen, die Bundestagsvizepräsidentin und eben die Bundeskanzlerin». ⁶⁴

⁶² Elsässer, Jürgen: Gegen den totalitären Asyl-Jubel: Über 10.000 bei Pegida in Dresden, ElsässerBlog, 8.9.2015, unter: <https://juergenelsaesser.wordpress.com/2015/09/08/gegendentotalitaerenasyljubel-ueber10000beipegidaindresden/>. ⁶³ Eintrag auf der Facebook-Seite «Gera wehrt sich», 6.1.2015, unter: www.facebook.com/Gerawehrtsich/photos/a.402524066604627.1073741828.402523076604726/418489078341459/?type=3&theater. ⁶⁴ Haupt, Friederike: «Du stinkende Ratte», *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25.10.2015, unter: www.faz.net/aktuell/politik/inland/drohungen-gegen-politiker-dustinkende-ratte-13874653.html.

Hinzu kommen Mordfantasien gegen Flüchtlinge.

Kein Wandel durch Annäherung

Wer meint, Pegida und anderen entgegenkommen zu müssen, um ihre «Sorgen ernst zu nehmen», wie etwa die CDU in Sachen, der verkennt die grundsätzliche Dimension ihres Anliegen, die am besten mit dem Begriff des völkischen Nationalismus beschrieben ist.⁶⁵ Teile der Union glauben, sie müssten die Forderungen der AfD aufnehmen, um sie als Konkurrenz auszuschalten. Doch das ist ein Irrtum. In allen europäischen Staaten, in denen rechte Parteien Macht erlangt haben, waren die etablierten Parteien ihnen zuvor politisch entgegengekommen. Wer es ernst meint mit der offenen Gesellschaft, der darf politisch nicht nachgeben, sondern muss eine langwierige, ressourcenintensive Auseinandersetzung führen.

Und was sollen jetzt die machen, die sich einfach nur Sorgen machen?

38

Manche Menschen projizieren Abstiegs- oder Existenzängste auf MigrantInnen. Dafür gibt es keinen Grund. Sozialleistungen oder Renten wurden in der Vergangenheit nicht gekürzt, Steuern nicht erhöht, weil Flüchtlinge gekommen sind. So ist es auch jetzt nicht. Im Gegenteil: Nach übereinstimmenden Einschätzungen von VolkswirtschaftlerInnen und SozialversicherungsexpertInnen ist die Einwanderung mittelfristig von Vorteil für alle.

Trotzdem wollen viele Menschen nicht neben Flüchtlingen leben – teils weil sie zu Unrecht Kriminalität befürchten, teils weil sie als RassistInnen oder NationalistInnen keine AusländerInnen mögen. Viele Menschen in Deutschland denken so, trotz aller «Willkommenskultur». Lichtenhagen und Hoyerswerda haben gezeigt, dass nirgendwo der Grat zur Gewalt so schmal ist wie bei diesem Thema. Das muss jeder bedenken, der sich gegen ein Flüchtlingsheim ausspricht. Aus den Pogromen der Vergangenheit folgt vor allem ein Gebot zur Zurückhaltung. Jeder muss selbst entscheiden, welche Konsequenzen er daraus zieht. Am Ende aber gilt: Wer mit der NPD marschiert, ist ein Nazi.

⁶⁵ Vgl. Keil, Daniel: Die Erweiterung des Resonanzraums, in: Prokla 180, S. 372.

→ Keinen Fußbreit!

Anders als viele anfangs dachten, sind Pegida und ihre Ableger nicht von allein wieder verschwunden. Es ist wichtiger denn je, sich ihnen immer wieder aufs Neue in den Weg zu stellen. Wer sich informieren und aktiv werden will:

Gute, aktuelle Informationen zu rechten Umtrieben aller Couleur gibt es dazu auf der Seite «Netz gegen Nazis» von der *Zeit* und der Amadeu-Antonio-Stiftung:

www.netz-gegen-nazis.de/

Die Umtriebe der sogenannten Alternative für Deutschland (AfD) hat das Watchblog AfdWatch im Auge:

<https://afdwatchafd.wordpress.com/>

Und über das Ausmaß rechten Terrors in Deutschland informiert sehr aktuell und genau die Initiative «Mut gegen rechte Gewalt»:

www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfalle

3 EUROPA

3.1 ZUGANG

«Grenzsicherung werden die Griechen selbst nicht schaffen. Das wird nur eine europäische Grenzsicherungstruppe sein können. Und dass die in der Regel dann auch Waffen besitzen, das ist an fast jeder Grenze der Welt normal.»

Boris Palmer (Grüne), Oberbürgermeister von Tübingen,
1. Februar 2016⁶⁶

Je länger die politische Krise um die Flüchtlinge in Europa andauert, desto häufiger wird als Ausweg die «Sicherung der Grenzen» beschworen. Darunter werden sehr unterschiedliche Dinge verstanden. Das Problem an den meisten Vorschlägen ist: Sie verhindern den Zugang zu Schutz und Asyl.

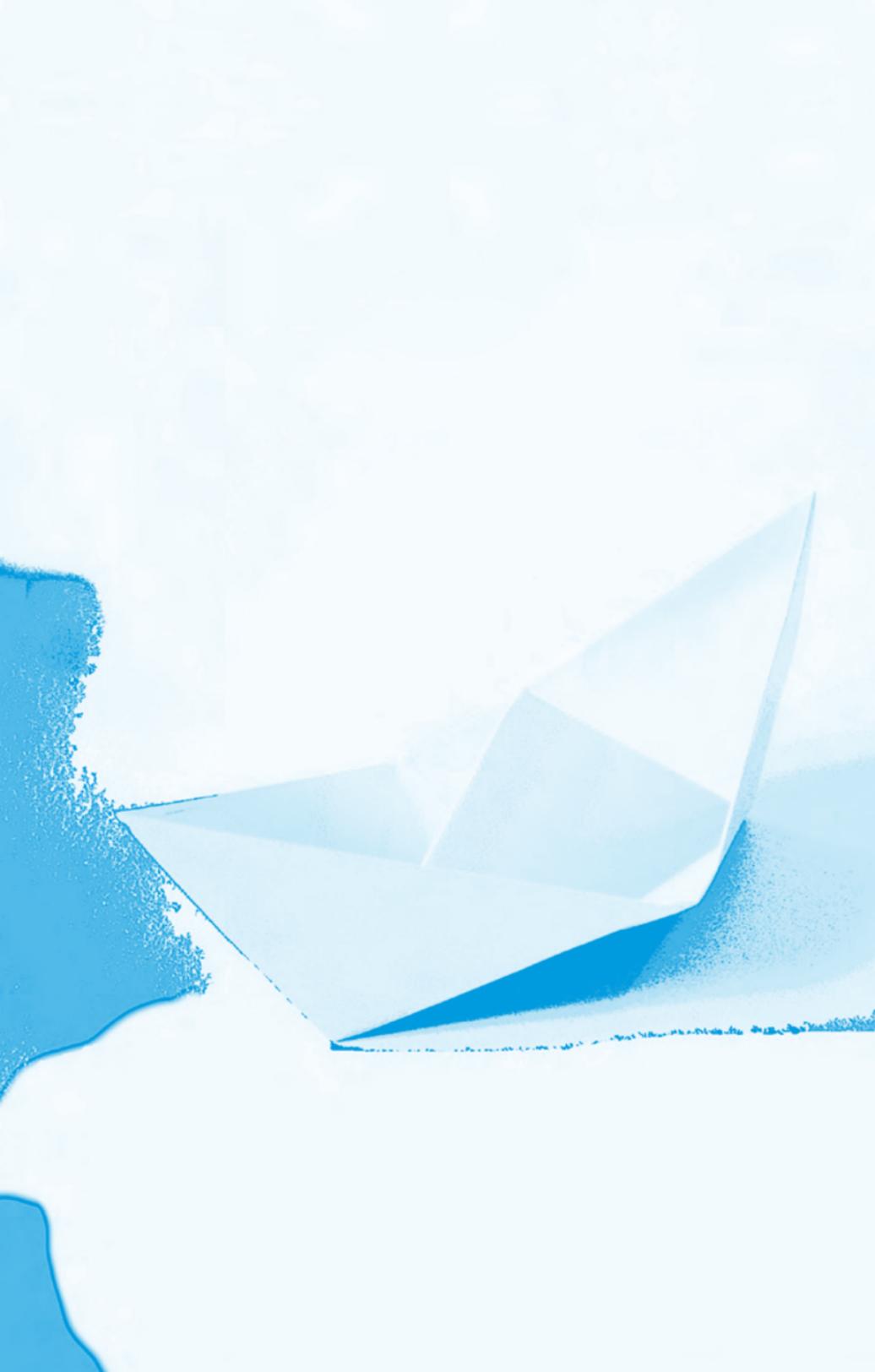
40

Grundsätzlich ist die Lage so: Angehörige fast aller Asyl-Herkunftsstaaten brauchen ein **Visum**, um nach Europa einreisen zu dürfen. Das kriegen sie aber nicht. Also sind sie gezwungen, unerlaubt nach Europa einzureisen. Man spricht von «irregulärer Migration».

Im Jahr 2015 sind dabei 3.771 Menschen gestorben, 492 mehr als im Vorjahr, mehr als je zuvor. Auf rund 30.000 Menschen dürfte sich die Zahl der Toten an den EU-Außengrenzen in den letzten zwei Jahrzehnten summieren.

Bislang war es so, dass die, die es bis in die EU geschafft haben, in der Regel einen Asylantrag stellen konnten. Denn das Völker-, das EU-Recht und das Recht der EU-Mitgliedstaaten sehen den Schutz vor Verfolgung vor. Deswegen darf man die Flüchtlinge an der Grenze nicht einfach zurückweisen – auch dann nicht, wenn sie kein Visum haben. Sie haben ein Recht darauf, ins Land gelassen zu werden, damit ihr Asylgesuch geprüft werden kann – unabhängig davon, ob sie sich ausweisen können oder

⁶⁶ Boris Palmer zitiert nach: Palmer wünscht sich bewaffnete Grenztruppen, SWR, 1.2.2016, unter: www.swrfemsehen.de/tuebingens-ob-zur-fluechtlingskrise-palmer-wuenscht-sich-bewaffnete-grenztruppen/-/id=233314/did=16358010/nid=233314/ocbdwz/index.html.



nicht. Mit «Sicherung» der Grenzen ist in der Regel gemeint, irreguläre Migration weiter zu erschweren, damit weniger Flüchtlinge in die EU kommen. Wie sieht das aus?

Verkehrsunternehmen bestrafen

Die EU-Staaten versuchen seit jeher, Grenzübertritte ohne Visum zu verhindern, indem sie zum Beispiel Verkehrsunternehmen bestrafen, die Asylsuchende ohne Visum ins Land bringen, etwa Fluggesellschaften, Fährlinien, Eisenbahn- oder Busunternehmen. Das ist genau der Grund dafür, warum Flüchtlinge nicht einfach so ins Flugzeug steigen, sondern ihr Leben bei der Überfahrt in seeuntauglichen **Schlepperbooten** aufs Spiel setzen.

Zäune bauen

Eine Möglichkeit zur «Grenzsicherung» sind Zäune, wie Spanien, Ungarn, Bulgarien, Mazedonien, Österreich oder Griechenland sie errichtet haben beziehungsweise errichten. Sie sollen den Grenzüberschritt erschweren und so die Flüchtlingszahlen senken. In der Folge stauen sich die Menschen in den Nachbarländern und weichen auf andere Routen aus, wo dann zum Teil neue Zäune gebaut werden.

Vor allem an den seit einigen Jahren bestehenden Zäunen um die spanischen Enklaven Ceuta und Melilla in Marokko sind immer wieder Menschen gestorben oder haben sich schwerste Verletzungen zugezogen.

Was mit den Menschen geschieht, die Grenzzäune überklettern, ist sehr unterschiedlich und teils willkürlich. Manchmal werden sie sofort zurück- oder später abgeschoben, vor allem Spanien praktiziert dies so. Teils können sie auch einen Asylantrag stellen, teils dürfen sie in andere EU-Länder weiterreisen.

Boote stoppen

Eine andere Möglichkeit, irreguläre Migration zu verhindern, ist, Flüchtlingsboote entweder auf Hoher See oder in den eigenen Hoheitsgewässern aufzuhalten und sie entweder mit Drohungen oder Gewalt zur Umkehr zu zwingen oder zurückzuschleppen. Vor allem Griechenland und Italien haben dies in der Vergangenheit versucht – zum Teil mit höchst brutalen Mitteln.

Doch dies geschah mehr oder weniger inoffiziell und nicht im großen Stil, denn es war illegal.

Dürfen GrenzschützerInnen schießen?

In keinem europäischen Land existiert ein offizieller «Schießbefehl» an den Grenzen, wie etwa in der DDR. Wenn die AfD nach «Schusswaffeneinsatz» ruft, dann ist das nicht nur hochgradig menschenverachtend, sondern auch rechtlich völlig abwegig: Selbstverständlich darf nirgendwo in der EU auf Flüchtlinge geschossen werden, nur um sie am bloßen Grenzübertritt zu hindern, egal ob es einen Zaun gibt oder nicht. Die «normale» (Palmer) Bewaffnung von GrenzpolizistInnen darf in Deutschland ausschließlich zur Abwehr einer unmittelbaren Gefahr eingesetzt werden – also zum Beispiel wenn ertappte SchmugglerInnen ihrerseits auf GrenzpolizistInnen schießen. Die illegale Einreise von Flüchtlingen ist eindeutig keine unmittelbare Gefahr.

Allerdings kommt es trotz dieser Rechtslage immer wieder vor, dass an EU-Grenzen auf Flüchtlinge geschossen wird. Am 6. Februar 2014 etwa feuerte die spanische Grenzpolizei mit Gummigeschossen auf 200 afrikanische MigrantInnen, die die Küste der spanischen Enklave Ceuta in Marokko schwimmend erreichen wollten. Mindestens zwölf Menschen ertranken. Der spanische Innenminister Jorge Fernandez Diaz nannte das Vorgehen damals «angemessen».⁶⁷ Mitte Oktober 2015 kam ein Afghane an der bulgarisch-türkischen Grenze durch eine Polizeikugel ums Leben. Die Polizei erklärte, er sei von Querschlägern eines Warnschusses getroffen worden.

⁶⁷ Spanische Grenzpolizei erschießt Flüchtlinge aus Afrika, Deutsche Wirtschafts Nachrichten, 15.2.2014, unter: <http://is.gd/z8eZVE>.

Am 2. Februar 2015 veröffentlichte das UN-Flüchtlingswerk UNHCR Berichte syrischer Flüchtlinge in der Türkei.⁶⁸ Darin beschreibt beispielsweise ein junger Mann namens Ahmed, wie er mit 34 anderen syrischen Flüchtlingen, darunter vier kleinen Kindern und einem Mann mit amputierten Gliedmaßen, versuchte, in der Nacht aus der Türkei mit einem Boot nach Griechenland zu gelangen. Plötzlich seien maskierte griechische Küstenwächter an Bord ihres Bootes gekommen, hätten den Motor abgerissen und ins Meer geworfen. Als Ahmed und einige der anderen SyrerInnen daraufhin versuchten, auf das Boot der Küstenwache zu klettern, seien sie schwer geschlagen worden. Sie sagten der griechischen Schiffsbesatzung, sie würden sterben, wenn sie sie nicht retten. «Sterbt, aber kommt bloß nicht hierher», hätten die Grenzer geantwortet. Solche direkten Zurückweisungen ohne Prüfung eines Asylantrags sind ein schwerer Verstoß gegen das sogenannte Non-Refoulement-Gebot im Völker- und EU-Recht.⁶⁹

44

«Obergrenzen»

Österreich ist das erste EU-Land, das Grenzsicherung mit sogenannten Obergrenzen betreiben will. Nur noch 80 Menschen, die in Österreich Asyl beantragen wollen, dürfen die Grenze pro Tag überqueren, dazu einige weitere, die angeben, nach Deutschland oder Skandinavien weiterreisen zu wollen. Die übrigen werden physisch am Überqueren der Grenze gehindert, sie müssen auf der slowenischen Seite bleiben. In Deutschland wurden Forderungen laut, es ähnlich zu handhaben. Nach Ansicht der EU-Kommission ist dies «klar unvereinbar mit Verpflichtungen unter europäischem und internationalem Recht».⁷⁰ Jedes EU-Land habe «die rechtliche Verpflichtung, jeden Asylantrag anzunehmen, der auf seinem Territorium oder an seiner Grenze gestellt wird».

Innereuropäische Grenzkontrollen

Obwohl es diese im **Schengen-Raum** nicht mehr geben sollte, führten im Februar 2016 mindestens sechs EU-Staaten Pass-

⁶⁸ Vgl. hier und im Folgenden: UNHCR: Syrians face desperation and danger trying to reach Greece, 2.2.2015, unter: www.unhcr.org/54cf99286.html. ⁶⁹ Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 und New Yorker Protokoll von 1967, unter: <http://is.gd/DF0xXG>. ⁷⁰ EU und Österreich streiten über Obergrenze, tagesschau.de, 18.2.2016, unter: www.tagesschau.de/ausland/eu-oesterreich-obergrenze-101.html.

kontrollen an den Binnengrenzen durch. Vor allem Dänemark und Schweden versuchen auf diese Weise, den Zugang von Flüchtlingen zu stoppen. Wer keinen Pass – und gegebenenfalls ein Visum – für Schweden hat, darf den Zug oder die Fähre nicht betreten. Deswegen kommen Flüchtlinge nun auch mit Schlepperbooten nach Schweden. Dänemark wiederum weist deshalb Flüchtlinge, die nach Schweden wollen, schon an seiner Grenze ab. Innerhalb der EU wird diese Praxis mit größter Skepsis gesehen, denn sie setzt den Kern der europäischen Einigung außer Kraft: die Freizügigkeit.

«Hotspots»

Im Jahr 2015 beschloss die EU, in Griechenland und Italien insgesamt elf geschlossene Registrierzentren für ankommende Flüchtlinge einzurichten. Dort werden die Personaldaten der MigrantInnen erfasst und ihre Fingerabdrücke genommen. Dabei soll bereits festgestellt werden, ob ein Flüchtling in Europa eine Chance auf Asyl hat. Andernfalls soll er von dort aus direkt abgeschoben werden. Bis Februar 2016 waren allerdings noch nicht alle «Hotspots» in Betrieb. Und aus den anderen berichten Menschenrechtsorganisationen von einer «humanitären Katastrophe»: «Die wartenden Flüchtlinge sind oft durchnässt und dazu gezwungen, die ganze Nacht auf der bloßen Erde zu verbringen, da es nicht genug Zelte gibt. Die dehydrierten, unterkühlten und geschwächten Menschen decken sich mit Kartons und Müllsäcken zu und wärmen sich am Feuer, in dem sie auch Plastik verbrennen. Viele Kinder haben Fieber und leiden unter Bronchitis. Manche können stundenlang keine Toilette aufsuchen, weil sie die Schlange nicht verlassen können.»⁷¹

45

Welche Rolle spielt Frontex?

2005 gründete die EU eine Behörde zum Schutz der europäischen Außengrenzen mit Sitz in Warschau: Frontex. Sie koordiniert und plant Grenzschutzmissionen, an denen sich die Grenzpolizeien der EU-Staaten beteiligen. Das Prinzip von Frontex lautet: EU-weit Material und Personal einsammeln und dorthin schicken, wo Bedarf ist. Die von Frontex zu Einsätzen geschickten GrenzpolizistInnen sind dabei Gäste des Landes, auf dessen

71 «Hot Spot» Lesbos: «Ein Ort der Schande», Pro Asyl, 5.11.2015, unter: www.proasyl.de/de/news/detail/news/hot_spot_lesbos_ein_ort_der_schande/.

Hoheitsgebiet der Einsatz stattfindet. Bislang bewegt Frontex nur einen Bruchteil der rund 400.000 EU-GrenzschrützerInnen. Mittlerweile ist ihr Budget allerdings auf etwa 100 Millionen Euro angeschwollen, die Agentur kann über Schiffe und Flugzeuge, Hunderte Angestellte und Tausende GrenzschrützerInnen verfügen. Kern ihrer Operationen sind die Europäischen Grenzschrützteams (EGBT). Über eine Datenbank melden die Mitgliedstaaten BeamtInnen, die sie für bestimmte Frontex-Missionen erübrigen können. Die Agentur sammelt die Meldungen und sortiert sie in 13 Profilgruppen für verschiedene Einsatzzwecke, etwa ExpertInnen für Dokumentenfälschung, Seeüberwachung oder gestohlene Fahrzeuge. Ähnlich arbeitet Frontex beim Material. Die Mitgliedstaaten melden Ausrüstungsgegenstände, die sie der Agentur zur Verfügung stellen – etwa hochseetüchtige Boote oder Helikopter. Diese werden an die verschiedenen Frontex-Missionen verteilt.

46

2014 hatte Klaus Rösler, der Frontex-Abteilungsleiter für Einsätze an den Außengrenzen, die italienischen Behörden aufgefordert, nicht mehr vor Libyen Flüchtlinge aus Seenot zu retten. Dies entspreche «nicht dem operativen Plan». ⁷² Ebenfalls 2014 wurde das EU-Recht so geändert, dass die Grenzschrützbehörde Frontex nun auf Hoher See Flüchtlingsboote aufhalten und dorthin zurückschleppen darf, wo sie gestartet sind. Voraussetzung ist, dass diese Länder als «sicher» gelten. Von dieser Möglichkeit wurde – soweit bekannt – bislang kaum Gebrauch gemacht, denn die wenigsten Länder sind gewillt, Transitflüchtlinge zurückzunehmen. Seit 2015 soll Frontex Einsätze im Notfall auch gegen den Willen von Mitgliedstaaten beschließen können.

Doch der EU genügt das nicht. Sie treibt den Aufbau einer gemeinsamen Grenz- und Küstenwache voran. Bis Juni 2016 soll ein entsprechender Beschluss fallen. Mittelfristig wird Frontex vermutlich zu einer supranationalen Grenzpolizei ausgebaut werden. Frontex ist keine Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger. Sie steht für eine zunehmend militarisierte Grenzsicherung. Ihre Aufgabe ist es, illegale Grenzübertritte zu verhindern – ein kaum auflösbarer Widerspruch zu Flüchtlingsrechten.

⁷² Rabe, Britta: Push back Frontex!, analyse und kritik, 17.2.2015, unter: www.akweb.de/ak_s/ak602/03.htm.

Kontingente sind kein Ausgleich

Die BefürworterInnen «gesicherter Grenzen» streiten ab, dass sie damit das Asylrecht abschaffen würden. Sie verweisen meist darauf, Flüchtlinge mit «Kontingenten» direkt aus Krisenregionen nach Europa holen zu wollen. Doch das ist eine Illusion: Schon in der Vergangenheit konnte die EU sich – wenn überhaupt – nur auf winzige Aufnahmeprogramme einigen. Nach den Ereignissen der letzten Monate sind ausreichende Aufnahmekontingente das Letzte, was in Brüssel beschlossen werden wird.

«Grenzsicherung» wird Menschen nicht abhalten zu kommen. Wer am Asylrecht festhalten, das Sterben vor den Toren Europas und das Chaos an seinen Grenzen beenden will, muss legale Zugänge nach Europa schaffen. Eine Möglichkeit dazu wären humanitäre Visa: Erlaubnisse zur Einreise, um einen Asylantrag zu stellen.

47

→ Private Initiativen gegen das Sterben auf dem Meer:

Aufgrund der Untätigkeit der politisch Verantwortlichen haben sich seit 2014 allein in Deutschland drei private Initiativen gebildet, die dem Massensterben auf See nicht länger zuschauen wollen. Die AktivistInnen der Organisation Watch The Med⁷³ gingen den Hintergründen des Schiffsunglücks vom 8. Oktober 2013 nach, bei dem ein Boot mit syrischen Flüchtlingen südlich von Lampedusa sank und 261 Menschen ertranken, und stellten fest: Wenn die Flüchtlinge eine Notrufnummer gehabt hätten, könnten sie noch am Leben sein. Daraufhin richtete Watch the Med das «Alarm Phone» ein: Flüchtlinge in Seenot können dort anrufen, wenn Rettungsdienste nach Notrufen nicht tätig werden. Die AktivistInnen machen Druck bei den Behörden, fordern von ihnen sofortige Rettungsaktionen und dokumentieren die Vorgänge. Das Telefon ist rund um die Uhr besetzt, mit einem multilingualen Team in Bereitschaft, getragen von MenschenrechtsaktivistInnen dies- und jenseits des Mittelmeers. Bis Dezember 2015 nahm es Notrufe von Booten entgegen, in denen insgesamt 60.000 Menschen saßen. Die Grup-

pe SeaWatch kaufte ein eigenes Boot zur Seenotrettung und bekam in kurzer Zeit so viele Spenden, dass sie gleich noch ein zweites anschaffen konnte. Und auch der Verein SOS Méditerranée sticht spendenfinanziert mit der «MS Aquarius» in See.

<http://sosmediterranee.org/>

<http://alarmphone.org/de/>

<http://sea-watch.org/en/>

3.2 EU-ASYLRECHT

«Dublin ist nicht tot.»

Dimitris Avramopoulos, EU-Migrationskommissar,

10. Februar 2016⁷⁴

48 Man kennt es von den Plakaten zur Verteidigung besetzter Häuser: Wenn irgendwo immer wieder betont wird, dass etwas bleibt, sieht es eben dafür meistens nicht gut aus. So ist es auch mit dem sogenannten **Dublin-System**, das die Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU regeln soll. Seit Mitte 2015 ist es faktisch außer Kraft gesetzt. Es herrscht Chaos, unter dem die Flüchtlinge am meisten leiden. Um das Dublin-System ist es wahrlich nicht schade: Es war – neben dem Fehlen legaler Zugänge – das zweite zentrale Problem des europäischen Asylsystems. Es hat dafür gesorgt, dass Flüchtlinge ertranken, erstickten, erfroren, eingesperrt, misshandelt, zurückgewiesen, abgeschoben und Familien auseinandergerissen wurden, dass Staaten überfordert waren und die EU insgesamt in Gefahr ist.

Was ist dieses Dublin genau?

Seit 2003 regelt die Dublin-Verordnung die Zuständigkeit der EU-Staaten bei Asylverfahren. Ihr ursprüngliches Ziel war es sicherzustellen, dass es in Europa keine Flüchtlinge gibt, die zwischen den Staaten hin- und hergeschoben werden, ohne dass jemand für sie die Verantwortung übernimmt – sogenannte **refugees in orbit**. Das ist an sich ein sinnvolles Ziel. Die Richtlinie legt fest, dass immer der Staat für einen Flüchtling zustän-

⁷⁴ Dimitris Avramopoulos zitiert nach: Scharfe Warnungen aus Brüssel, die tageszeitung, 11.2.2016, unter: www.taz.de/15273212/.

dig ist, über den dieser in die EU eingereist ist. Diese Regelung kommt theoretisch vor allem den Ländern im Zentrum Europas zugute – und wurde deshalb auch von ihnen durchgesetzt. Maßgeblich beteiligt daran waren die damalige rot-grüne Bundesregierung und ihr Innenminister Otto Schily (SPD). Die Länder an den Außengrenzen waren von dieser Regelung massiv benachteiligt. Als sie 2003 in Kraft trat, waren die Folgen allerdings noch nicht absehbar. Damals wurden EU-weit (EU14) weniger als 290.000 Asylanträge gestellt – die meisten in den großen Ländern im Zentrum Europas. In den Außengrenzen-Ländern Spanien, Italien und Griechenland wurden damals zusammengekommen gerade mal 7 Prozent aller Anträge gestellt.⁷⁵

Wie funktioniert das?

Flüchtlinge, die einen EU-Staat betreten, werden von der Polizei registriert. Danach können sie theoretisch nur dort einen Asylantrag stellen. Um das zu kontrollieren, werden Fingerabdrücke gemacht und in einer zentralen Datenbank namens EURODAC gespeichert. Wer trotzdem weiterreist, etwa nach Deutschland oder Schweden, tut dies unerlaubt und kann von den Behörden in diesen Ländern wieder zurückgeschickt werden.

49

Wie kommen Flüchtlinge dann trotzdem nach Deutschland?

Im Laufe des letzten Jahrzehnts sind die Flüchtlingszahlen stark gestiegen (zu den Gründen → Kapitel 2.1). Immer mehr Flüchtlinge kamen über den See- oder Landweg – und somit in den Außengrenzen-Staaten an. Diese mussten sich wegen der Dublin-Regel allein um sie kümmern – und taten es nicht. Eine angemessene Infrastruktur fehlte und war politisch von den konservativen Regierungen auch nicht gewollt. Um die Flüchtlingszahlen zu drücken, setzten Länder wie Italien, Malta und Griechenland vor allem darauf, Flüchtlinge schlecht zu behandeln: durch Internierung und unzureichende Versorgung. Viele Flüchtlinge haben diese Länder deshalb wieder verlassen, etwa Richtung Deutschland oder Skandinavien.

⁷⁵ UNHCR: Asylum Levels and Trends: Europe and non-European Industrialized Countries, 2003. A comparative overview of asylum applications submitted in 44 European and 6 non-European countries in 2003 and before, 24.2.2004.

Rücknahme verweigert

Länder wie Deutschland haben zunächst versucht, die Flüchtlinge wieder in die Außengrenzen-Staaten zurückzuschieben, wie es das Dublin-System vorsieht. Das hat aber nicht gut funktioniert: Zum einen waren die Aufnahmebedingungen so schlecht, dass Gerichte Abschiebungen etwa nach Griechenland, später auch nach Ungarn und Italien immer wieder verboten haben. Zum anderen haben die Länder nur sehr unwillig bei der Rücknahme kooperiert. So wurden 2012 zum Beispiel bei über 300.000 AsylbewerberInnen in der ganzen EU nur 53.000 Anträge auf Rücknahme gestellt,⁷⁶ tatsächlich überstellt wurden nur etwa 15.000 Menschen.

Die Folge waren exzessive Inhaftierung, chaotische, völlig unzumutbare Zustände in Ländern wie Griechenland, eine riesige Anzahl von Flüchtlingen, die irregulär – und oft erneut mit SchlepperInnen – durch Europa reisten, ohne dass über ihr Asylgesuch entschieden wurde. Die EU übte verstärkt Druck auf die Länder an den Außengrenzen aus, diesen Zustand zu beenden und die Flüchtlinge bei sich zu behalten. Die großen EU-Staaten wollten trotz massiver Beschwerden aus Ländern wie Italien und Griechenland unbedingt am Dublin-Verfahren festhalten.

Alle reisen weiter

Faktisch aber wurde das Dublin-System immer stärker unterlaufen. Von 2013 bis 2015 reisten über die zentrale Mittelmeerroute 320.000 Flüchtlinge in die EU ein.⁷⁷ Doch in Malta und Italien lebten laut UNHCR Mitte Juni 2015 insgesamt nur 150.000 Flüchtlinge.⁷⁸ Nach Griechenland und Bulgarien kamen in demselben Zeitraum rund 930.000 Flüchtlinge. Doch laut UNHCR lebten dort nur etwa 56.000 Flüchtlinge.⁷⁹ Die Zahlen zeigen, wie groß der Anteil der Menschen ist, die trotz Dublin-Auflage weiterreisen.

76 Eurostat: Total outgoing transfers and total outgoing requests, 2008–2012, unter: http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/File:Total_outgoing_transfers_and_total_outgoing_requests,_2008-2012.png. **77** Eigene Berechnung nach Frontex-Zahlen **78** UNHCR: Italy: Statistical Snapshot, Juni 2015, unter: www.unhcr.org/pages/49e48e996.html; UNHCR: Malta: Statistical Snapshot, Juni 2015, unter: www.unhcr.org/pages/49e48eba6.html. **79** UNHCR: Greece: Statistical Snapshot, Juni 2015, unter: www.unhcr.org/pages/49e48e726.html; UNHCR: Bulgaria: Statistical Snapshot, Juni 2015, unter: www.unhcr.org/pages/49e48db16.html.

Fluchtrouten in die EU, illegale Grenzübertritte

2014
2015



* Die unter «westliche Balkanroute» genannten Zahlen sind eine doppelte Zählung wegen der Nicht-Schengen-Staaten Ex-Jugoslawiens. Fast alle diese Menschen wurden bereits beim Eintritt in die EU über die «östliche Mittelmeerroute» registriert.

Quelle: Frontex: Migratory routes map, unter: <http://frontex.europa.eu/trends-and-routes/migratory-routes-map/>; Frontex: Eastern European Borders. Annual Risk Analysis 2015, S. 40, unter: http://frontex.europa.eu/assets/Publications/Risk_Analysis/EB_ARA_2015.pdf

Orbán's Bruch mit dem EU-Recht

Im Jahr 2015 kam es dann zum offenen Bruch. Die nationalistiche Regierung von Viktor Orbán in Ungarn kündigte das Dublin-System auf. Zunächst erklärte das Land, keine Flüchtlinge mehr aus anderen EU-Staaten zurücknehmen zu wollen. Ab August 2015 setzten ungarische GrenzsoldatInnen an der kroatisch-ungarischen Grenze in Röszke Tausende Flüchtlinge in Sonderzüge der ungarischen Staatsbahn, statt sie zu registrieren und im Land zu halten, wie es das EU-Recht verlangt. Im Februar 2016 teilten die Polizeichefs aus Mazedonien, Serbien,

Kroatien und Slowenien mit, dass an der griechisch-mazedonischen Grenze ein Registrierungszentrum errichtet werde. Die Flüchtlinge würden von dort «so schmerzlos wie möglich» nach Österreich gebracht.

An die Stelle des Dublin-Systems, das die Verantwortung wenigen schwachen Ländern ganz allein aufbürdet, ist nun ein Chaos getreten, in dem niemand mehr Verantwortung übernimmt. Eine Rückkehr zum alten System hätte unweigerlich zur Folge, dass die Eskalation der vergangenen Monate zum Dauerzustand wird. Was an die Stelle des gescheiterten Dublin-Systems treten soll, ist bislang aber vollkommen unklar und sorgt für schwere Auseinandersetzungen innerhalb der EU.

→ **Augen auf die Grenzen!**

Die Lage an den EU-Außengrenzen ändert sich sehr schnell. Wer sich informieren und engagieren will, findet hier aktuelle Kampagnen und Analysen aus der antirassistischen Bewegung:

Borderline Europe – Informationen und Kampagnen zu den EU-Außengrenzen:

www.borderline-europe.de

Bordermonitoring Europe – Politiken, Praktiken, Ereignisse an den Grenzen Europas:

<http://bordermonitoring.eu>

Forschungsgesellschaft Flucht & Migration, der wohl aktuellste und umfassendste Blog mit Analysen zu Grenzpolitik und migrantischen Kämpfen:

<http://ffm-online.org>

Moving Europe – aktuelle Informationen zur Balkanroute:

<http://moving-europe.org>

3.3 VERTEILUNG

«Wir benötigen ein anderes System, und zwar die verpflichtende Quote für alle Länder der EU.»

Werner Faymann, österreichischer Bundeskanzler,
19. September 2015⁸⁰

Als sich 2015 abzeichnete, dass das Dublin-Verfahren keine Zukunft hat, meldeten sich immer mehr BefürworterInnen eines Quotensystems zu Wort.

Ähnlich dem deutschen Königsteiner Schlüssel soll ein Verteilungsschlüssel für Flüchtlinge auf EU-Ebene eingeführt werden. Bevölkerungszahl und Bruttoinlandsprodukt werden bei diesem Modell im Verhältnis 1 : 2 gewichtet. Deutschland müsste so etwa jeden fünften Flüchtling aufnehmen. Dadurch würden Länder wie Deutschland, Griechenland, Zypern und Malta entlastet, Staaten wie Großbritannien oder Frankreich müssten dagegen mehr Asylsuchende aufnehmen.

53

Keine Chance!

Doch die letzten Monate haben jede Hoffnung auf eine solche Regelung zunichte gemacht. Manche Staaten würden wohl eher aus der EU austreten, als ihr zuzustimmen. Nach monatelangen Verhandlungen einigten sich die EU-Staaten lediglich darauf, einmalig insgesamt 160.000 Flüchtlinge umzuverteilen, innerhalb der nächsten zwei Jahre und unter weitgehend unklaren Bedingungen. Vor allem osteuropäische Länder lehnten die Einigung ab, der slowakische Regierungschef Robert Fico kündigte noch am Abend des Beschlusses an, er wolle sich nicht an «dieses Diktat» halten: «Es ist noch nie vorgekommen, dass Meinungen, für die Länder rationale Argumente hatten, [...] von einer Mehrheit einfach niedergewalzt wurden, nur weil sie nicht fähig war, einen Konsens zu finden», sagte er.⁸¹ Die Slowakei zog vor Gericht. Fünf Monate nach dem Beschluss,

⁸⁰ Werner Faymann zitiert nach: Österreich will Osteuropäer mit Kürzungen bestrafen, Die Welt, 19.9.2015, unter: www.welt.de/politik/deutschland/article146593679/Oesterreich-will-Osteuropaer-mit-Kuerzungen-bestrafen.html. ⁸¹ Robert Fico zitiert nach: «Rationale Argumente wurden einfach niedergewalzt», Die Welt, 23.9.2015, unter: www.welt.de/politik/ausland/article146744161/Rationale-Argumente-wurden-einfach-niedergewalzt.html.

im Februar 2016, waren gerade mal 540 Menschen umverteilt worden. Gleichzeitig ist es so, dass die Flüchtlinge nichts davon haben, in Länder geschickt zu werden, die sie partout nicht wollen. Was also tun? Soll man den rechtsnationalen Regierungen einfach nachgeben?

Freizügigkeitsrecht für Anerkannte

Als Zwischenlösung ist denkbar, nach einem schnellen Asylverfahren direkt in den EU-Ankunftsländern ein Freizügigkeitsrecht für ganz Europa zu erteilen. Bislang dürfen Flüchtlinge mehrere Jahre nur im Land der Anerkennung arbeiten. Stattdessen sollten sie sofort behandelt werden wie EU-BürgerInnen: Arbeitserlaubnis, Sozialleistungsanspruch durch Erwerbstätigkeit.

Wer aufnimmt, kassiert

Langfristig wäre es am besten, wenn die Kosten für die Aufnahme von Asylsuchenden durch die EU finanziert werden. Die Wahl des Antragslandes wäre den Flüchtlingen freigestellt, jedes Land, das einen Flüchtling aufnimmt, erhielte für diesen 10.000 Euro pro Jahr aus Brüssel. Im Gegenzug müsste das jeweilige Land verbindlich zusagen, die Menschen angemessen unterzubringen und zu versorgen. Theoretisch verpflichtet das Gemeinsame Europäische Asylsystem (CEAS) schon heute alle EU-Staaten auf bestimmte Standards. Doch die halten viele Länder nicht ein, und die EU kann sie nicht durchsetzen. Einer solchen Regelung könnten sich auch die osteuropäischen Hardliner schwerer versperren, denn niemand würde ihnen mehr Flüchtlinge «aufzwingen». Sie würde zu einer fairen Lastenteilung zwischen den Ländern und einer echten Entlastung der Aufnahmeländer führen. Und sie würde den Wünschen der Flüchtlinge Rechnung tragen.

Europa retten? 40 Euro

Nimmt man an, dass in den nächsten zehn Jahren jeweils 500.000 Flüchtlinge in die EU kämen – ein vergleichsweise hohes Niveau – und dass von jeder Kohorte jedes Jahr 12 Prozent auf dem Arbeitsmarkt unterkommen, dann wären bis zu zwei Millionen Menschen aus Transferleistungen zu versorgen. Dies ergäbe Aufwendungen von etwa 20 Milliarden Euro jährlich, die über Brüssel umverteilt werden müssten. Das klingt nach einer enormen Summe. Erscheint im Vergleich zu anderen

Posten aber machbar. Sie entspricht zum Beispiel etwa einem Drittel der jährlichen EU-Agrarsubventionen von rund 55 Milliarden Euro. Dazu müssten die EU-Mitgliedstaaten statt bisher 1,23 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens bei derzeitiger Wirtschaftslage 1,39 Prozent an die EU abführen. Das entspräche einer Anhebung des EU-Haushaltes von 145,3 Milliarden Euro (2015) auf circa 165 Milliarden Euro. Je EU-Bürger wären es knapp 40 Euro im Jahr. Was sich für Raps und Rüben lohnt, wäre ein Schnäppchen für etwas, das helfen könnte, die EU zu retten.

→ Kontinent der Krise?

Seit einiger Zeit wird Europa fast nur noch in zwei Zusammenhängen erwähnt: Krise und Flüchtlinge. Und tatsächlich gibt es Verbindungen. Linke Bewegungen versuchen deshalb seit einiger Zeit, die beiden Stränge zusammenzuführen, Europa neu zu denken und dadurch zu verteidigen: als offenes, demokratisches, gerechtes Projekt.

Blockupy – «Widerstand im Herzen des europäischen Krisenregimes»:

<https://blockupy.org/>

transform! Europäisches Netzwerk für alternatives Denken und politischen Dialog:

www.transform-network.net

55

3.4 TÜRSTEHERSTAATEN

«Wir werden die Flüchtlingsbewegungen nicht ordnen und eindämmen können, ohne mit der Türkei zusammenzuarbeiten.»

Angela Merkel, 15. Oktober 2015⁸²

Die «Sicherung» der EU-Grenzen geht weit über das eigene Territorium hinaus. Als die EU anfang zusammenzuwachsen, da kümmerte sie sich nur um ihre eigenen Grenzen. Seit einiger

⁸² Angela Merkel zitiert nach: «Enthaltung ist keine Option», tagesschau.de, 15.10.2015, unter: www.tagesschau.de/inland/regierungsgerklaerung-fluechtlingskrise-101.html.

Zeit aber geht die EU immer mehr dazu über, die Transitregionen ins Visier zu nehmen: Unerwünschte MigrantInnen sollen schon weit vor den Grenzen der EU gestoppt werden. Heute setzt die EU mehr denn je auf diese Strategie.

Des einen Freiheit, des anderen Ketten

Seit Jahren kooperiert Frontex mit Staaten im subsaharischen Afrika oder im Mittleren Osten und bindet sie in sein «Migrationsmanagement» ein. Während das Schengen-Gebiet in einen Raum grenzenloser Freizügigkeit verwandelt werden soll – ausgenommen nur Nichtweiße, die nach wie vor an den Binnengrenzen kontrolliert werden –, sorgt die EU vor allem in ihren Nachbarregionen dafür, dass die Bewegungsfreiheit beschnitten wird. Erkauft mit Entwicklungshilfe und Visaverleichterungen macht sie ihre nahen und fernen Nachbarn zu Hilfspolizisten: Internierungslager in Tunesien, Libyen oder Mauretanien, PR-Agenturen, die Reklame gegen Auswanderung machen, fälschungssichere Pässe oder Militärhilfe sind der verlängerte Arm des EU-Grenzschutzes weit vor den Toren Europas. Jeder Flüchtling, der gar nicht erst losgeht oder unterwegs aufgehalten wird, muss später nicht kostspielig wieder abgeschoben werden – das ist dabei das Kalkül.

Unser Freund, der Diktator

Die Länder Nordafrikas wurden zu Hilfstrupps des EU-Grenzschutzes. Dabei schreckte die EU auch nicht vor der Zusammenarbeit mit Diktatoren wie Gaddafi und Ben Ali oder überaus zweifelhaften Milizen wie etwa in Libyen zurück. Die EU rüstete gleichzeitig ihre eigenen Grenzen auf. In den 1990er Jahren konnte man nahezu ungehindert – und an einer Stelle sogar zu Fuß – von Afrika nach Europa gelangen: An der Grenze zwischen Marokko und den spanischen Enklaven Ceuta und Melilla gab es praktisch keine Zäune. 1993 dann wurde der erste, noch kleine Zaun errichtet. Heute steht dort Draht vom Typ «Concertina 22», bewehrt mit 22 Millimeter hohen Klingen, sonst benutzt zum Schutz von Atomkraftwerken, Munitionslagern und Flughäfen.

Der Partner im Osten

Ähnliche Bemühungen gab es über viele Jahre auch in Richtung Osten. Die Türkei ist als Nato-Mitglied und EU-Beitrittskandidat ein prädestinierter Partner für das Migrationsmanage-

ment der EU. Ähnlich aber wie die Länder Nordafrikas nutzt sie die Zusammenarbeit bei der Migrationskontrolle als Verhandlungsmasse: für den EU-Beitritt als lang- und die Visafreiheit für TürkInnen in der EU als kurzfristiges Ziel. Zugeständnisse der EU wurden mit Zugeständnissen bei der Grenzsicherung honoriert. Ging es der Türkei nicht schnell genug voran, ließ ihre Motivation, als Außenposten der EU-Grenzsicherung herzuhalten, meist spürbar nach. Ankara hat in diesem Spiel vor allem zweierlei zu bieten: Zum einen kann die Türkei die Grenzen kontrollieren und MigrantInnen mit Polizeigewalt an der Ausreise hindern. Zum anderen kann sie abgeschobene Flüchtlinge zurücknehmen.

Milliarden für die Türkei

Seit der Ankunft Hunderttausender SyrerInnen im Jahr 2015 setzt die EU nun alle Hoffnung genau darauf: Wer als Flüchtling in Griechenland ankommt, soll nach wenigen Tagen wieder mit der Fähre in die Türkei zurückgeschickt werden. Im Gegenzug versprach die EU mindestens 3 Milliarden Euro für die Versorgung der mehr als 2 Millionen Flüchtlinge in der Türkei. Zudem sollen die EU-Beitrittsverhandlungen und die Gespräche über die visafreie Einreise für TürkInnen beschleunigt werden.

57

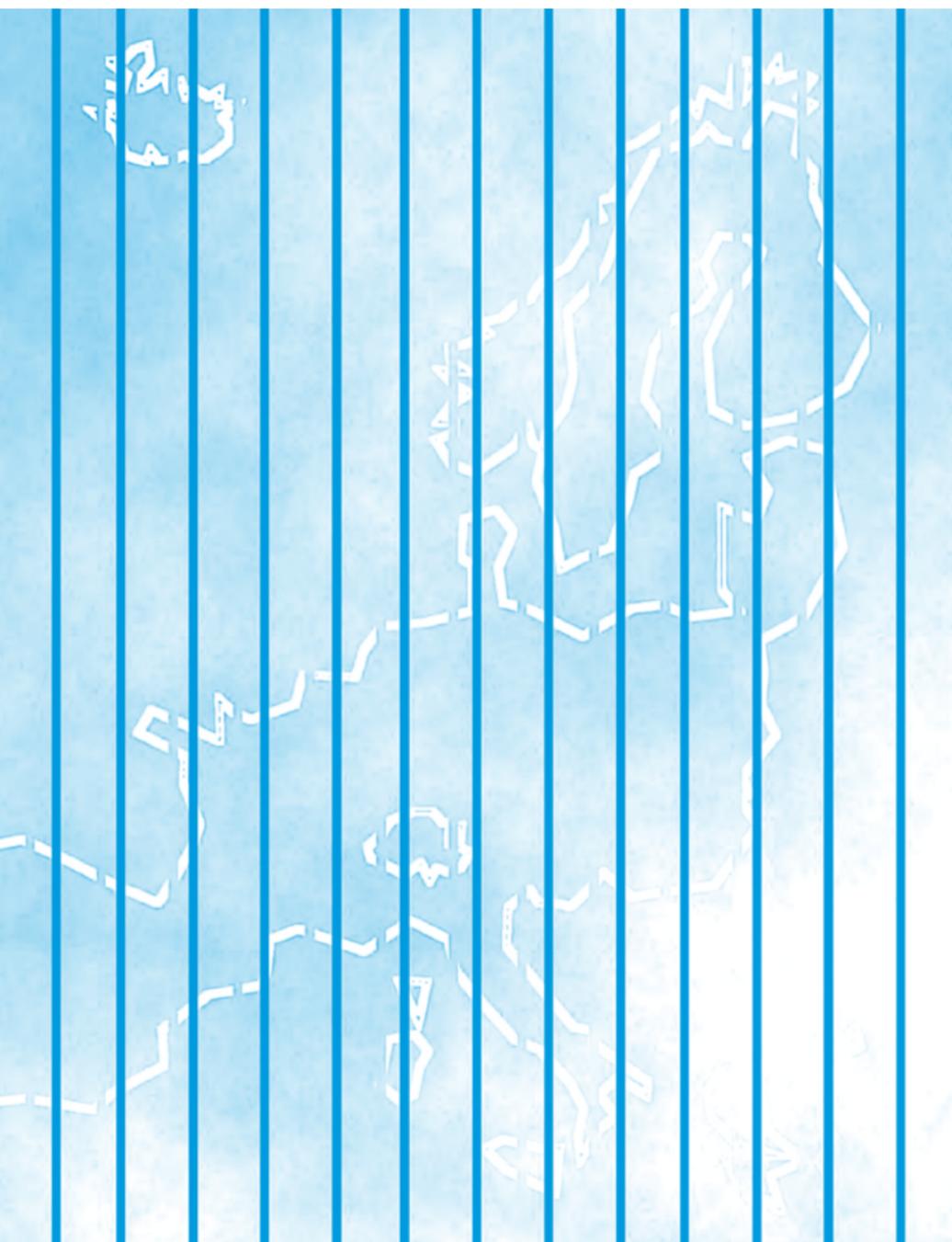
Kein sicheres Land

Die Türkei ist selbst Kriegspartei in Syrien. Wegen ihrer Angriffe gegen die KurdInnen ist sie für die Situation mitverantwortlich. Die EU finanziert die autoritäre, kriegführende türkische Regierungspartei AKP mit. Die hat die Grenzen nach Syrien weitgehend geschlossen. Es gibt Berichte, dass die Türkei Flüchtlinge sogar dorthin zurückschickt. Außerdem können in der Türkei absurderweise nur Menschen aus Europa als Flüchtlinge anerkannt werden.

→ Ein Ort der Hoffnung: Rojava

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung beschäftigt sich seit Langem intensiv mit der Situation in den kurdischen Gebieten, vor allem in Syrien. Aktuelle Informationen dazu gibt es hier:

www.rosalux.de/internationale-politik/specials/syrienirakrojava.html



4 FLUCHT UND MIGRATION

4.1 ARBEITSMIGRATION

«Wirtschaftsflüchtlinge» müssen «schnell identifiziert und in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt werden».

Elmar Degenhart, Vorstand Continental, 4. Februar 2016⁸³

Die globalen Flüchtlingszahlen sind bestürzend, aber sie bilden nur einen kleinen Teil des weltweiten Migrationsgeschehens ab.

Wenn von Flüchtlingen die Rede ist, kursiert derzeit eine Zahl von knapp 60 Millionen (→ Kapitel 2). Das sind Menschen, die von den UN als «Persons of Concern», als «schutzbedürftig» eingestuft werden. Kriterium dafür ist in der Regel, aus einem Kriegs- oder Katastrophengebiet zu stammen.

Menschen, die «einfach nur» vor Armut fliehen, sind davon nicht erfasst. Sie werden in Deutschland vielfach abwertend als «Wirtschaftsflüchtlinge» bezeichnet. Mit diesem Begriff wird versucht, diese Art der Migration als etwas Verbotenes, Verwerfliches oder Illegitimes zu markieren. Angemessen wäre hingegen der Begriff *ArbeitsmigrantInnen*. Denn Arbeitsmigration ist legitim. Und sie ist seit Jahrhunderten praktisch überall auf der Welt ein völlig normales Phänomen. Insbesondere die Geschichte Europas ist eine Geschichte der Migration. Neu ist lediglich die Art, mit der man in vielen Industriestaaten versucht, Arbeitsmigration zu verhindern (→ Kapitel 3).

Nach Zahlen der UN-Migrationsorganisation IOM gibt es heute etwa 250 Millionen internationale MigrantInnen auf der Welt – auch das sind mehr als je zuvor. Flüchtlinge machen von diesen weniger als 10 Prozent aus. Die übrigen sind ArbeitnehmerInnen, Arbeitsuchende und ihre Familien. Viele von ihnen sind als irreguläre MigrantInnen unterwegs, weil es für sie nur wenige legale Wege der Migration gibt. Vor allem der Arbeitsmarkt der Industriestaaten ist den meisten von ihnen verschlossen.

⁸³ Elmar Degenhart zitiert nach: «Wirtschaftsflüchtlinge müssen zurückgeschickt werden», Presseportal, 4.2.2016, unter: www.presseportal.de/pm/114920/3243158.

Deshalb nehmen sie zum Teil dieselben Wege wie Flüchtlinge. Das kostet viele Menschen das Leben und es führt dazu, dass viele Menschen illegalisiert arbeiten müssen (**Illegalisierte**). Dadurch sind sie ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen, Lohnbetrug, Menschenhandel und Gewalt schutzlos ausgeliefert. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) schätzt, dass in der EU 800.000 Menschen *Zwangsarbeit* leisten.⁸⁴ Knapp zwei Drittel von ihnen sind Frauen. Es wäre höchste Zeit, dass Deutschland und die EU großzügige legale Zugänge zum Arbeitsmarkt auch für MigrantInnen aus Staaten außerhalb Europas schaffen – in Deutschland durch ein Einwanderungsgesetz.

Bei Weitem nicht alle ArbeitsmigrantInnen ziehen von armen in reiche Länder. Im Jahr 2013 etwa zogen 38 Prozent der internationalen MigrantInnen aus Entwicklungsländern in andere Entwicklungsländer, 34 Prozent zogen aus dem Globalen Süden in die Industriestaaten, 28 Prozent migrierten innerhalb von Industriestaaten. Die mit Abstand größte Migrationsbewegung findet von Mexiko in die USA statt, knapp 13 Millionen mexikanische BürgerInnen leben dort. An zweiter Stelle folgen Bangladeshis in Indien und RussInnen in der Ukraine, mit je etwas über 3 Millionen. 48 Prozent aller internationalen MigrantInnen sind Frauen, die ihr Land verlassen, um Arbeit zu finden.

Unter den Menschen, die irregulär in die EU kommen, waren zuletzt immer weniger ArbeitsmigrantInnen und immer mehr Flüchtlinge. Das hängt mit der gestiegenen Zahl an bewaffneten Konflikten zusammen (→ Kapitel 2). Nach den jüngsten Frontex-Zahlen kamen im 3. Quartal 2015 insgesamt 385.000 irreguläre MigrantInnen⁸⁵ in die EU. Hiervon stammten nur knapp 11.000 oder 3 Prozent aus Staaten, in denen aktuell keine bewaffneten Konflikte herrschen. Von weiteren 32.000 oder 8 Prozent konnte

84 ILO: Forced Labour: The EU Dimension. Regional Fact Sheet European Union, 2012, unter: www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/%40europe/%40ro-geneva/%40ilo-brussels/documents/genericdocument/wcms_184976.pdf. **85** Frontex: Risk analysis FRAN Q3 2015. Frontex Risk Analysis Network Quarterly Report, Warschau 2016, unter: frontex.europa.eu/publications/?c=risk-analysis. Die Frontex-Zahlen berücksichtigen nur die Westafrikaroute, die östliche Landroute und die West-, Zentral- und Ostmittelmeerroute. Die zirkuläre Balkanroute fällt heraus, weil es sich fast ausschließlich um Saisonarbeitskräfte aus Albanien in Griechenland handelt. Die wichtige Westbalkanroute, die viele Menschen nutzen, findet keine Berücksichtigung, weil praktisch alle hier registrierten Personen bereits beim Eintritt nach Griechenland oder Bulgarien erfasst wurden und nicht doppelt gezählt werden sollen.

die Staatsangehörigkeit nicht ausgewiesen werden. Unter ihnen sind vermutlich sowohl Menschen aus Konflikt- als auch aus Nicht-Konflikt-Gebieten. Doch insgesamt bleibt festzuhalten: Ursachen für die Migration nach Europa ohne gültige Papiere sind heute in erster Linie bewaffnete Konflikte.

→ **Wissen ist Schutz:**

Je prekärer der Aufenthalt, desto schwieriger ist es für Menschen, Arbeit zu finden und ihre Rechte durchzusetzen. Informationen zur Schnittstelle von Arbeit und Migration finden sich bei diesen Initiativen aus dem Umfeld der Gewerkschaften:

www.labournet.de/

www.faire-mobilitaet.de/en/

4.2 BRAINDRAIN

«Nur müssen wir auch darauf achten, dass wir nicht einen gewaltigen Braindrain in die Industrieländer organisieren und die am besten ausgebildeten Menschen dann in ihrer Heimat fehlen.»

Horst Köhler, ehemaliger Bundespräsident und IWF-Direktor,
29. September 2015⁸⁶

Die meisten EU-BürgerInnen können sich auf der Welt frei bewegen. Sie können reisen, wohin sie wollen. Für Menschen aus dem Globalen Süden gilt das Gegenteil. Wenn sie ihre Länder trotzdem verlassen, werden sie gern an ihre Verantwortung gegenüber ihren Herkunftsländern erinnert. Diese Ratschläge kommen immer dann auf den Tisch, wenn es um solche MigrantInnen geht, von denen man sich hierzulande keinen Vorteil verspricht.

Es ist wahr: **Braindrain**, die Abwanderung von gebildeten Arbeitskräften, kann in bestimmten Fällen ein Entwicklungshemmnis sein. Doch niemand ist wegen seines Geburtsortes

⁸⁶ Horst Köhler zitiert nach: So geht's nicht weiter, Interview, Zeit Online, 8.10.2015, unter: www.zeit.de/2015/39/horst-koehler-fluechtlinge-interview.

irgendeinem Land der Welt gegenüber verpflichtet. Wer gehen will, soll gehen dürfen.

Tatsächlich greift in den Ländern des Globalen Südens aber vor allem der umgekehrte Effekt: Migration ist einer der wichtigsten Motoren für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Die Entwicklungsländer haben 2015 etwa 441 Milliarden US-Dollar sogenannter **remittances**, Überweisungen ausgewanderter MigrantInnen, erhalten.⁸⁷ Das ist etwa dreimal so viel, wie weltweit an Mitteln in die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) fließen (ca. 140 Milliarden US-Dollar⁸⁸) und nur knapp weniger als die Summe der ausländischen Investitionen in diesen Ländern (ca. 550 Milliarden US-Dollar⁸⁹).

Die *remittances* fördern die Binnennachfrage und das Kleinunternehmertum – ganz im Gegensatz zu vielen Entwicklungsprojekten, bei denen häufig in große Infrastrukturprojekte investiert wird, die wiederum von ausländischen Unternehmen gebaut werden. In Ländern wie Ghana oder Nigeria machen Rücküberweisungen rund 5 Prozent des Bruttonationaleinkommens aus. Sowohl für die Afrikanische Union als auch für die Afrikanische Entwicklungsbank überwiegen eindeutig die Vorteile der *remittances* die möglichen Nachteile von Brain-drain.⁹⁰

Darüber hinaus kehren sehr viele MigrantInnen nach einer Weile freiwillig in ihre Länder zurück. Ihre im Ausland gewonnenen Erfahrungen und Qualifikationen haben einen überaus positiven Effekt auf das Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern.

87 The World Bank, Pressemitteilung, 18.12.2015, unter: www.worldbank.org/en/news/press-release/2015/12/18/international-migrants-and-remittances-continue-to-grow-as-people-search-for-better-opportunities-new-report-finds. **88** OECD: Aid at a glance charts – Net ODA, Dezember 2015, unter: www.oecd.org/dac/stats/aid-at-a-glance.htm. **89** UNCTAD: Global Investment Trends in 2014 and Prospects for 2015, 29.1.2015, unter: http://unctad.org/en/pages/newsdetails.aspx?OriginalVersionID=920&Sitemap_x0020_Taxonomy=UNCTAD. **90** Weltbank: Remittances Create Safety Net for African Households, 26.6.2013, unter: <http://is.gd/gGlpPy>.

4.3 FLUCHTURSACHEN

«Natürlich sind die selbst schuld.»

Frank Hartmann, damaliger Pressesprecher der Deutschen Bank, auf die Frage, ob die Menschen in Afrika an ihrem Hunger selbst schuld seien, 2011⁹¹

Die erste große Flüchtlings-Selbstorganisation in Deutschland, die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen, drückte es so aus: «Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört.»⁹² In der Kolonialzeit begann die Ausbeutung der Länder des Globalen Südens. Heute herrschen in vielen Regionen der Welt Armut, Hunger, Umweltzerstörung und Krieg – und Menschen fliehen. Der Westen ist heute keineswegs der alleinige Schuldige an diesen Zuständen. Doch seine Politik trägt an vielen Stellen dazu bei, sie aufrechtzuerhalten.

Vermögenskonzentration

Einige haben Milliarden, Milliarden haben fast nichts: Die 62 reichsten Menschen besitzen der Hilfsorganisation Oxfam zufolge so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Das sind 3,6 Milliarden Menschen. Und das oberste Prozent der Weltbevölkerung verfügt seit 2015 über mehr Vermögen als der gesamte Rest der Welt.⁹³

Das vom Westen aufgebaute globale Finanzsystem sorgt für eine immer stärkere Konzentration von Reichtum. Diese hat sich in den letzten Jahren verstärkt – den Reichen hat die Krise nicht geschadet. Allein in den letzten fünf Jahren ist das Vermögen der 62 Reichsten um 44 Prozent gewachsen, das Gesamtvermögen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung um 41 Prozent geschrumpft.⁹⁴

63

⁹¹ Die Deutsche Bank versuchte später, die Verbreitung des Zitats in einem Film des «Zentrums für politische Schönheit» zu verbieten, vgl. www.youtube.com/watch?v=G2nMAd1hr5U. ⁹² Bericht von der Konferenz der Gruppe «Lampedusa in Hamburg» und der Karawane vom 1. Februar 2014 in Hamburg, 2.2.2014, unter: www.thecaravan.org/node/4016. ⁹³ Oxfam, Pressemitteilung, 19.1.2015, unter: <http://is.gd/vzKGSa>. ⁹⁴ Oxfam: Ein Wirtschaftssystem für die Superreichen. Wie ein unfaires Steuersystem und Steuererosen die soziale Ungleichheit verschärfen, Berlin 2016, unter: www.oxfam.de/ueber-uns/publikationen/oxfam-bericht-belegt-soziale-ungleichheit-nimmt-weltweit-dramatisch.

Gleichzeitig müssen über eine Milliarde Menschen auf der Welt mit weniger als 1,25 US-Dollar am Tag auskommen.⁹⁵ Im Jahr 2015 sind weltweit fast 6 Millionen Kinder unter fünf Jahren gestorben. Die Hälfte von ihnen an den Folgen von Mangelernährung, die meisten der übrigen an leicht behandelbaren Krankheiten,⁹⁶ obwohl die Ressourcen, um dieses Sterben zu verhindern, vorhanden sind.

Auch in Deutschland nimmt die Ungleichverteilung der Privatvermögen weiter zu: Aus Daten des Bundesarbeitsministeriums (BMAS) geht hervor, dass die oberen 10 Prozent der Haushalte inzwischen 51,9 Prozent des Nettovermögens auf sich vereinen,⁹⁷ während die untere Hälfte nur noch über ein Prozent der Privatvermögen verfügt. 1998 lagen die Werte noch bei 45,1 und 2,9 Prozent. Wenn den öffentlichen Haushalten Geld für soziale Ausgaben fehlt, dann liegt das nicht an den Flüchtlingen.

Steuerhinterziehung

Ein Grund ist die Steuervermeidung von Unternehmen und reichen Einzelpersonen durch ein System von Steueroasen. Neun von zehn weltweit agierenden Konzernen haben mindestens eine Tochterfirma in Steueroasen. Durch Steuervermeidung von Unternehmen gehen Entwicklungsländern jährlich mindestens 100 Milliarden US-Dollar verloren.⁹⁸ Reiche Einzelpersonen halten in Steueroasen rund 7,6 Billionen US-Dollar versteckt – unversteuert. Multinationale Konzerne und viele reiche Einzelpersonen entziehen sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung. Und die Industriestaaten helfen ihnen dabei: Von den 39 Steueroasen, die die US-Finanzbehörde im Oktober 2015 weltweit identifiziert hat, liegen über die Hälfte in Europa oder auf dem Territorium von G7-Staaten.⁹⁹ In den übrigen konzentrieren sich im Vergleich nur geringe Summen.

⁹⁵ Weltbank: Poverty Overview, 7.10.2014, unter: <http://is.gd/juAWG8>. ⁹⁶ UNICEF, Pressemitteilung, 9.9.2015, unter: www.unicef.de/presse/2015/kindersterblichkeit/87024. ⁹⁷ BMAS: Armuts- und Reichumsbericht. Vermögensverteilung, unter: www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Indikatoren/Gesellschaft/Vermögensverteilung/vermoegensverteilung.html. ⁹⁸ Oxfam: Steuervermeidung von Unternehmen, unter: www.oxfam.de/unsere-arbeit/themen/steuervermeidung-unternehmen. ⁹⁹ KPMG: District of Columbia – Tax haven jurisdictions listed, 22.8.2015, unter: www.kpmg.com/us/en/issuesandinsights/articlespublications/taxnewsflash/pages/2015-1/district-of-columbia-tax-haven-jurisdictions-listed.aspx.

Entwicklungszusammenarbeit

Entwicklungszusammenarbeit ist sicher kein Allheilmittel, denn viele Ursachen für Armut in der Welt lässt sie unangestastet. Aber in vielen Fällen kann sie das Leben von Menschen verbessern – vor allem im Bereich der Not- und Katastrophenhilfe. Bereits 1970 verpflichteten sich die Industriestaaten per UN-Beschluss darauf, 0,7 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung für arme Länder bereitzustellen. Zu den vielen Ländern, die dieses Versprechen noch nie erfüllt haben, gehört Deutschland – der einzige Staat in der EU, der 2015 mehr einnahm, als er ausgab (→ Kapitel 1.1). Doch für den Kampf gegen Hunger, Armut und Krankheiten zahlt er nur 0,41 Prozent der Wirtschaftsleistung – und liegt damit auf Platz 9 der 29 Industriestaaten. Der Bundestag hat die Gelder für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) kürzlich bis 2019 um 8 Milliarden Euro erhöht, erfüllt damit die Selbstverpflichtung aber längst noch nicht. Dabei haben sich jüngst in einer Umfrage für die Stiftung Weltbevölkerung vier von fünf befragten Deutschen dafür ausgesprochen, die 0,7-Prozent-Zusage zu erfüllen.¹⁰⁰ Im Februar 2016 hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ihre Definition von Entwicklungszusammenarbeit ausgeweitet.¹⁰¹ Nun können auch Maßnahmen für «Sicherheit», wie die Bekämpfung von «gewalttätigem Extremismus» oder Polizeieinsätze, aus Entwicklungsmitteln bestritten werden – ebenso wie die Kosten für die Versorgung von Flüchtlingen in Europa. Damit werden die ohnehin schon zu knapp bemessenen Entwicklungshilfen zweckentfremdet.

65

Waffen für die Krisen dieser Welt

Deutschland ist einer der weltweit führenden Exporteure von Waffen. Deutsche Waffen dürfen zwar nicht in Konfliktgebiete außerhalb der Nato-Staaten geliefert werden, gleichwohl gelangen sie dorthin: Hubschrauber in den Irak, Waffen aller Art nach Saudi-Arabien, Panzer in die Türkei. G36-Sturmgewehre von Heckler & Koch werden nach Ägypten verkauft, wo das Militär auf oppositionelle DemonstrantInnen schießt. Die Geweh-

¹⁰⁰ Stiftung Weltbevölkerung: Bundesbürger befürworten mehr Geld für Entwicklungszusammenarbeit, 3.9.2015, unter: www.weltbevoelkerung.de/aktuelles/details/show/details/news/bundesbuenger-befuerworten-mehr-geld-fuer-entwicklungszusammenarbeit.html. ¹⁰¹ OECD: DAC High Level Meeting, 2016, unter: www.oecd.org/dac/dac-hlm.htm.

re gelangten nach Mexiko, wo sie offenbar auch 2014 bei dem Massaker an den Studenten von Iguala zum Einsatz kamen.¹⁰²

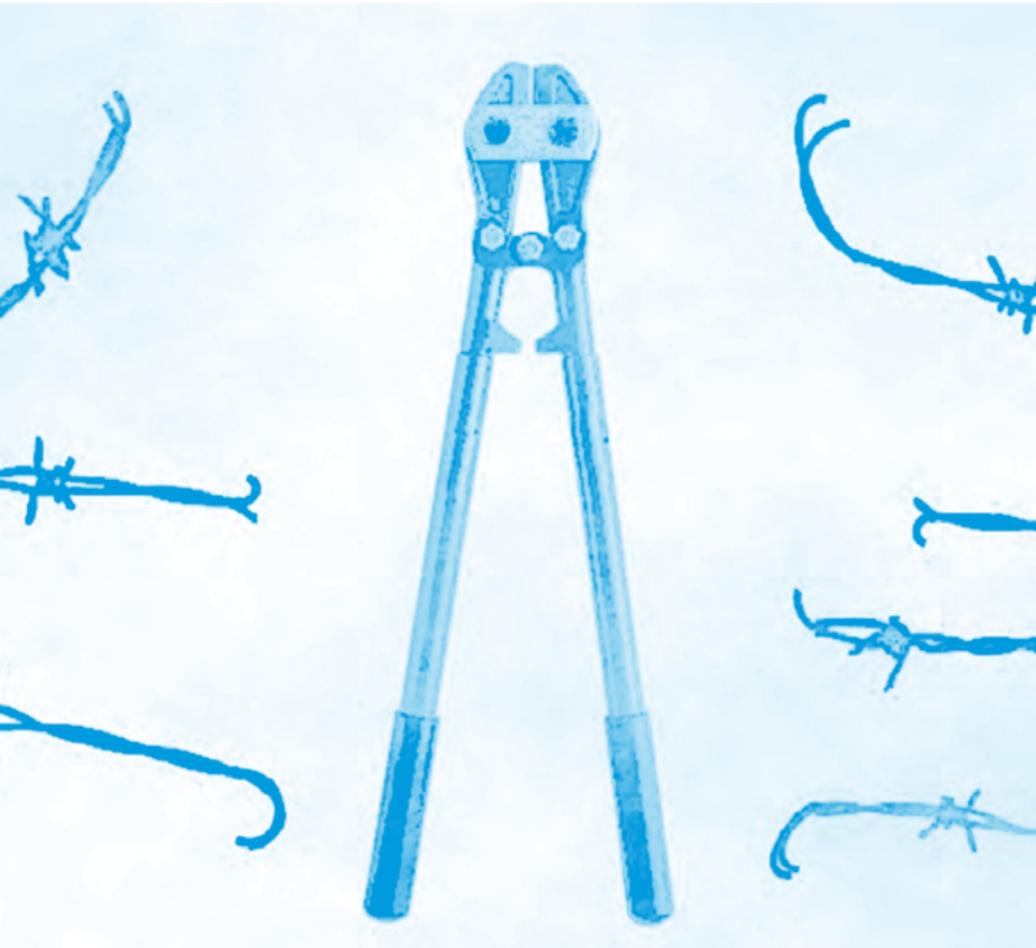
Deutsche Waffenexporte heizen bewaffnete Konflikte an und werden für Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen benutzt. Der Nachschub an Waffen verstärkt die Intensität von Konflikten und Repression – die Zahl der Toten, Verletzten und Flüchtlinge steigt. Der unkontrollierte Handel mit Kleinwaffen befördert die Herrschaft von Warlords und verbrecherischen Milizen. Die deutsche Bundesregierung hat 2015 Einzelausfuhrgenehmigungen in Höhe von rund 12,5 Milliarden Euro erteilt¹⁰³ – so viel wie noch nie, seit 1999 der erste Rüstungsexportbericht veröffentlicht wurde.

Diktaturen

Viele Regime in der Welt können sich trotz dauerhafter Menschenrechtsverletzungen an der Macht halten, weil sie vom Westen gestützt werden. Dies kann direkt durch die Zahlung von Militär-, Wirtschafts- oder Entwicklungshilfe geschehen, aber auch durch politische Anerkennung. Angehörige bestimmter Minderheiten, Oppositionelle, aber auch Menschen, die nicht vom herrschenden System profitieren, sondern arm sind, werden auch dadurch gezwungen, ihre Länder zu verlassen. Beispiele hierfür sind etwa die Langzeit-Diktatur des Eyadéma-Clans in Togo, die Biya-Regierung in Kamerun oder bis zum Ausbruch des Krieges 2011 das Assad-Regime in Syrien. Sie alle haben oder hatten beste Beziehungen zu europäischen Regierungen. In der jüngsten Zeit hätte es die Bundesregierung vor allem in der Hand gehabt, die KurdInnen zu unterstützen, die in Nordsyrien dem Krieg zu trotzen versuchten – mit diplomatischer Anerkennung und direkter Hilfe. Zwar stattete sie 2014 rund 4.000 irakische kurdische KämpferInnen mit Waffen aus. Danach aber überließ sie die KurdInnen und andere BewohnerInnen der Region den Angriffen von IS und türkischer Armee.

102 Vogel, Wolf-Dieter: Auf der Spur der Sturmgewehre, die tageszeitung, 20.1.2015, unter: www.taz.de/!153115/. **103** Rüstungsexporte steigen auf Rekordwert von 12,5 Milliarden Euro, Die Welt, 19.2.2016, unter: www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/schlaglichter_nt/article152442687/Ruestungsexporte-steigen-auf-Rekordwert-von-12-5-Milliarden-Euro.html.

→ Entwicklung wird heute immer öfter als Teil der Migrationskontrolle begriffen. Die Basisinitiative *Afrique Europe Interact* hingegen kämpft, wie sie es nennt, «für das Recht zu gehen *und* das Recht zu bleiben». AktivistInnen aus Europa und Westafrika haben sich dazu vernetzt – ein einzigartiges Projekt für Bewegungsfreiheit und gerechte Entwicklung: <http://afrique-europe-interact.net>.



5 SO SCHAFFEN WIR DAS!

Wohnen

- Ungenutzt leerstehende Immobilien bei Bedarf für die Unterbringung von Flüchtlingen nutzen
- Ein Mitspracherecht bei der Umverteilung einführen – während des Asylverfahrens
- Geflüchtete Frauen bei der Vergabe von Wohnungen priorisieren
- Günstige Wohnungen in großer Zahl bauen – für Menschen mit geringen Einkommen und Flüchtlinge

Arbeiten

- Arbeitsverbote aufheben
- Den Mindestlohn ohne Ausnahmen erhalten
- Erwerbsfähigkeit von Flüchtlingen fördern: in Schulen und in der Berufsausbildung
- Sprachkurse als Grundrecht begreifen
- Hilfe bei Anerkennung und Arbeitsmarkteinstieg noch während des laufenden Asylverfahrens beginnen

Finanzierung

- Das Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen; Flüchtlinge mit regulären Sozialleistungen versorgen

Aufenthaltsrecht

- Duldungen eng befristen, grundsätzlichen Rechtsanspruch auf Aufenthaltserlaubnis erheblich früher erteilen als heute

Europa

- Legale Zugangsmöglichkeiten für Flüchtlinge schaffen – humanitäre Visa für Europa erteilen
- Das Scheitern des Dublin-Systems anerkennen – keine Wiederbelebungsversuche
- Die Kosten der Aufnahme von Flüchtlingen nicht aus den nationalen Haushalten, sondern als zentrale Gemeinschaftsaufgabe über die EU auskömmlich finanzieren
- Kein Geld für Türsteherdienste der kriegführenden Türkei; die Hilfsorganisationen vor Ort ausreichend finanzieren
- Legale Wege der Arbeitsmigration nach Europa schaffen – in Deutschland durch ein Einwanderungsgesetz

6 GLOSSAR

AsylbewerberIn: Person, die einen Asylantrag gestellt hat, über den noch nicht entschieden wurde.

Asylbewerberleistungsgesetz: Regelt seit 1993 die Höhe und Form von Leistungen für → AsylbewerberInnen und → Geduldete. Unter anderem ist darin bestimmt, dass Flüchtlinge Sozialleistungen nur zu geringen Anteilen in Form von Geld ausgezahlt bekommen müssen und dass die Gesundheitsversorgung eingeschränkt ist.

Asylkompromiss: Von CDU/CSU, SPD und FDP 1992 vereinbarte Änderung des Grundgesetzes, der zufolge ein Asylantrag in Deutschland nicht mehr gestellt werden kann, wenn Asylsuchende auf dem Weg nach Deutschland durch einen sogenannten → sicheren Drittstaat ge- reist sind. Alle Nachbarstaaten Deutschlands gelten als sichere Drittstaaten. In den Jahren nach der Gesetzesänderung sanken die jährlichen Asylanträge unter anderem deshalb um über 90 Prozent.

Asylsuchende: Personen, die zum Zwecke der Asyl-Antragstellung einreisen.

Aufenthaltstitel: Dokumente, mit denen Nicht-EU-BürgerInnen der Aufenthalt in Deutschland erlaubt wird. Diese können befristet und an Bedingungen gebunden sein. Wer keinen Aufenthaltstitel hat, ist entweder → geduldet oder → illegalisiert.

Braindrain: Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte, vor allem aus Entwicklungs- oder Schwellenländern.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF): Dem Innenministerium unterstellte Bundesbehörde mit Hauptsitz in Nürnberg, die unter anderem für die Bearbeitung von Asylanträgen zuständig ist. Die EinzelentscheiderInnen haben dabei hausinternen «Richtlinien» für den Umgang mit bestimmten Herkunftsstaaten zu folgen.

Drittstaat: In der Regel sind damit alle Staaten außerhalb der EU gemeint, seltener wird der Begriff auch synonym mit «sicherer Drittstaat» verwendet.

Dublin I/II/III: EU-Verordnung, die festlegt, welcher Mitgliedstaat für einen Asylantrag zuständig ist. In der Regel ist das der EU-Staat, der die Einreise eines Flüchtlings «nicht verhindert hat» – meist die Staaten an den südlichen EU-Außengrenzen. Zweck der Verordnung war es, dass Asylsuchende EU-weit nur ein Asylverfahren betreiben können. Zur Durchsetzung der Regelung werden allen Asylsuchenden Fingerabdrücke abgenommen und EU-weit zentral gespeichert.

Duldung/geduldet: Eine Duldung ist kein → Aufenthaltstitel, sondern lediglich eine «vorübergehende Aussetzung der Abschiebung» (§60a AufenthG) von AusländerInnen. Ausländerbehörden stellen Duldungen aus, wenn es ihnen praktisch nicht möglich ist, jemanden abzuschieben. Gründe hierfür können sein, dass kein Pass existiert, die Person krank oder staatenlos ist oder ihr Herkunftsland sie nicht einreisen lässt. Geduldete werden in vielen Bereichen behandelt wie Asylsuchende während der Prüfung ihres Asylantrags: Sie dürfen nicht ohne Weiteres arbeiten, erhalten reduzierte Sozialleistungen, müssen in Sammelunterkünften leben und unterliegen der → Residenzpflicht.

Frontex: 2005 gegründete EU-Behörde zum Schutz der europäischen Außengrenzen mit Sitz in Warschau. Frontex ist bislang keine supranationale Grenzpolizei, sondern koordiniert und plant Grenzschutzmissionen, an denen sich die Grenzpolizeien der EU-Staaten beteiligen.

Illegalisierte: Angehörige eines Landes, die sich ohne Erlaubnis und ohne Duldung in einem anderen Land aufhalten. Der Begriff Illegalisierte wird verwendet, um die Bezeichnung «Illegale» zu kritisieren: Menschen können nicht illegal sein, sie werden vielmehr mit Gesetzen dazu gemacht.

Nachrangigkeitsvorbehalt/Vorrangprüfung: Bestimmung, die vorsieht, dass Menschen aus Nicht-EU-Staaten, die eine Arbeitserlaubnis haben, eine bestimmte Stelle nur dann annehmen dürfen, wenn für die Beschäftigung keine deutsche oder EU-Arbeitskraft gefunden werden kann. Die Ausländerbehörde erlaubt die Beschäftigung nur, wenn die Bundesagentur für Arbeit zustimmt. In Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit bedeutet diese Klausel oft ein faktisches Arbeitsverbot.

Remittances: Überweisungen von MigrantInnen aus dem Exil in ihre Heimatländer, meist an Verwandte. Die *remittances* erreichen in vielen Ländern des Südens der Erde ein Volumen von vielen Millionen US-Dollar jährlich, sie tragen erheblich zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung bei. Ein Problem sind die hohen Überweisungskosten bei privaten Dienstleistern.

Residenzpflicht: Für Asylsuchende und Geduldete geltendes Verbot, frei innerhalb Deutschlands zu reisen oder sich an einem anderen Ort anzusiedeln. Die Bestimmung hat diese Gruppen lange gezwungen, selbst für Reisen von nur wenigen Stunden außerhalb des zugewiesenen Bezirks eine Genehmigung bei der Ausländerbehörde zu beantragen, die verweigert werden kann. Mittlerweile wurde die Residenzpflicht gelockert.

Refugees in orbit: Begriff aus dem Völkerrecht, der einen Zustand beschreibt, in dem Flüchtlinge von Ländern hin- und hergeschoben werden, ohne dass eines die Verantwortung für sie übernimmt.

Sachleistungsprinzip: Bestimmung aus dem Asylrecht, die vorsieht, dass Sozialleistungen für Asylsuchende und Geduldete nicht als Geldleistungen ausgezahlt werden, wie etwa das Arbeitslosengeld II. Stattdessen bekommen Flüchtlinge mit Ausnahme eines Taschengeldes zum Beispiel Gutscheine, die sie nur in bestimmten Geschäften einlösen können. Viele Bundesländer haben allerdings das Gutscheinsystem abgeschafft und zahlen Bargeld aus – was auch Verwaltungskosten spart. Das Sachleistungsprinzip wurde als Teil des Asylkompromisses von 1993 eingeführt, um den Aufenthalt in Deutschland für Flüchtlinge möglichst unattraktiv zu machen.

Schengen: Gemeinde in Luxemburg, in der verschiedene europäische Abkommen geschlossen wurden, um den Wegfall der Grenzkontrollen im Innern der EU zu regeln. «Schengen» wird deshalb auch als Synonym für den Teil der EU verwendet, in dem es keine Grenzkontrollen gibt. Dazu zählen auch die assoziierten Staaten Island, Norwegen und die Schweiz.

Sicherer Drittstaat: Jedes Land mit einem funktionierenden Asylsystem, durch das ein Flüchtling auf seinem Weg nach Deutschland gereist ist. Die Einreise durch sichere Drittstaaten führt theoretisch dazu, dass Flüchtlinge in Deutschland keinen Asylantrag stellen dürfen, sondern dafür in einen der Drittstaaten zurückgehen müssen. In der Praxis ist diese Bestimmung oft nicht durchsetzbar. Nicht zu verwechseln mit → sicheren Herkunftsstaaten.

Sicherer Herkunftsstaat: Katalog von Ländern, die als so stabil und demokratisch gelten, dass Asylanträge ihrer BürgerInnen in Deutschland leichter und schneller als offensichtlich unbegründet abgelehnt werden können. Neben den EU-Staaten umfasste die Liste lange nur Senegal und Ghana. Zuletzt sind Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Serbien, Montenegro, Albanien, Kosovo, Algerien, Tunesien und Marokko dazugekommen. Nicht zu verwechseln mit → sicherem Drittstaat.

Schlepper/Schleuser: HelferInnen beim illegalen Grenzübertritt, häufig mafiös organisiert. Die Reisen finden teils unter lebensgefährlichen Umständen statt. Ohne FluchthelferInnen ist es für viele Migranten jedoch unmöglich, in Länder zu kommen, die ihnen Schutz bieten könnten. Nicht immer arbeiten Schleuser gegen Bezahlung, immer aber ist Schleuserei verboten und wird oft hart bestraft.

Visum: Vom Gastland erteilte Erlaubnis zur Einreise.

Impressum

luxemburg argumente Nr. 8; 3., vollständig überarbeitete Auflage 2016
wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Stefan Thimmel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2193-5831 · Redaktionsschluss: Februar 2016

Autor: Christian Jakob

Redaktion: Stefan Thimmel

Bildkonzept: Robin Jahnke

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling



Christian Jakob

Die Bleibenden

Wie Flüchtlinge Deutschland
seit 20 Jahren verändern

Broschur, 256 Seiten, 2 Karten
ISBN 978-3-86153-884-4
18,00 € (D); 18,50 € (A)

2015 zählten die deutschen Behörden mehr als eine Million ein-treffende Flüchtlinge. Die Zahl der fremdenfeindlichen und rassis-tischen Angriffe erreichte einen Höchststand, doch gleichzeitig entstanden unzählige Willkommensinitiativen. Der Journalist Christian Jakob beschreibt, wie tiefgreifend sich Zivilgesellschaft und Institutionen in Deutschland seit dem sogenannten Asyl-kompromiss von 1993 verändert haben. Das ist auch das Werk der Flüchtlinge selbst. Mit jahrzehntelangen Protesten haben sie ihre Isolation in den Asylbewerberheimen durchbrochen und die not-wendige Modernisierung Deutschlands zum Einwanderungsland vorangetrieben.

Aus seiner jahrelangen Beschäftigung mit den Themen Migration und Asyl zeigt Christian Jakob auf, wie eine deutsche und europä-ische Flüchtlingspolitik aussehen würde, die die Realität der Migra-tion endlich akzeptiert. Denn, so Jakob: Wer den Zugang zu diesem Land wieder verschließen will, wird scheitern.

www.christoph-links-verlag.de

Ch.Links

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

3.,
VOLLSTÄNDIG
ÜBERARBEITETE
AUFLAGE
«REFUGEES
WELCOME»

